Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis vierzehntägig 1,10 Mark, fällig bei Abholung frei Haus. Abholerkarte wöchentlich 53 Goldpfennig. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 15 Goldpfennig, bei 8 Seiten 20 Goldpfennig, Sonnabends 25 Goldpfennig.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstraße 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg
Amtsblatt der Stadt Merseburg
mit den wöchentlichen Beiblättern Das Leben im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd
und dem zwanglos erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennig; im Reklameteil 28 Goldpfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfennig Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 460.
Postscheckkonto: Leipzig 39 078.

Nr. 85 — Mittwoch den 9. April 1924 — 50. Jahrg.

Der Matin über die Sachverständigenberichte.

Kein Vollmoratorium. — Die Sachverständigen für Wahrung der Wirtschaftshoheit.

Die noch einmal verschobene Überreichung des Sachverständigenberichts soll nun endlich Tatsache werden. Wieder hat der „Matin" den Vorzug, dem französischen Publikum etwas aus dem Inhalt des Gutachtens, das 60 Seiten umfaßt, mitteilen zu können. Es ist selbstverständlich, daß diese Mitteilungen offiziös sind vom Standpunkt der französischen Regierung aus, die eine gewisse Bindung zur wenigstens teilweisen Anerkennung des Berichts eingegangen sein dürfte. So wird also alles, was Blätter vom Schlag des „Matin" über den Bericht bringen, dazu bestimmt sein, dem französischen Publikum die vermutliche teilweise Anerkennung des Berichts durch die Regierung mundgerecht zu machen. Man wird also die Vorteile für Frankreich möglichst unterstreichen, damit die Regierung eine Rückzugslinie von ihrer Erklärung, sie wolle gar keine anderen als die Ruhrpfänder, offen hat.

Dennoch kann in Einzelheiten und in Ziffern ein Bericht von der Bestimmtheit der Wiedergabe durch den „Matin" nicht falsch sein, da sonst schon am nächsten Tag oder doch noch in dieser Woche durch den vollen Wortlaut eine Enttäuschung einträte, die man in offiziösen Pariser Kreisen ja gerade verhindern will. Nicht der eigentliche **Inhalt**, sondern die **Aufmachung** wird also tendenziös sein.

Wir haben allen Anlaß, dem Gutachten **ruhig** entgegenzusehen und mit unserem Endurteil zu warten, bis die 60 Seiten wirklich vorliegen, von denen nun schon 2 Wochen lang alle Orakel sprechen. Außerdem sind uns gewisse Grundzüge des Berichts schon aus früheren Pressenotizen, auch des „Matin", so bekannt, daß wir diesmal vor dem endgültigen Urteil, das in etwa 2 Tagen möglich sein dürfte, die neuen präziseren Angaben hervorheben wollen, die der „Matin" vom Dienstag gemacht hat.

Zunächst steht es endgültig fest, daß die **Sachverständigen als Grundlage der künftigen Reparation und der deutschen Sanierung ausdrücklich die**

Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit des Reiches

verlangt haben. Der Bericht enthält zwar keine Stellungnahme zur Besetzung der Ruhr, erklärt aber die **Notwendigkeit der freien Verfügung Deutschlands über Eisenbahnen, Staatsbesitz und Zolleinnahmen im besetzten Gebiet,** wobei die Eisenbahnen des Ruhrgebiets und des Rheinlandes durch einen alliierten Vertreter überwacht werden sollen im Interesse der Sicherheit der Besatzungstruppen. Eine Stellungnahme zur Ruhrbesetzung konnte direkt nicht vorgenommen werden, weil die Sachverständigen nach den Vereinbarungen vom Herbst des Vorjahres nach dieser Richtung hin kein Urteil abgeben dürfen. Aber schließlich ist die Stellungnahme auf indirektem Wege eindeutig genug, und man wird sehen, wie Poincaré sich dazu verhält.

Nicht genau bekannt war der Aufbau des vierjährigen Moratoriums. Es scheint nun Tatsache zu sein, daß

von einem vollen Moratorium keine Rede

ist. **In den vier Jahren hat Deutschland sich steigernde Leistungen zu vollziehen, in erster Linie durch Sachlieferungen.**

Im **ersten Jahre** im Betrage von einer Goldmilliarde, wobei 800 Millionen durch eine internationale Anleihe und 200 Millionen durch eine deutsche Verkehrssteuer zu decken wären.

Im **zweiten und dritten** Jahr setzt der Bericht eine Leistung von je 1,2 Goldmilliarden,

für das **vierte Jahr eine von 1¾ Goldmilliarden an.**

Mit dem **fünften Jahre beginnen die**

regelmäßigen Zahlungen von 2½ Goldmilliarden,

die vom sechsten Jahre an durch Zusatzzahlungen nach einem Index gesteigert werden sollen. Wenn auch der Bericht des „Matin" in Einzelheiten dieser Frage undurchsichtig ist, so ist doch so viel klar, daß es sich **nur um einen teilweisen Zahlungsaufschub** handelt, und wie weit die tatsächliche Bestreitung der Sachlieferungen durch ausländisches Geld möglich sein wird, ist noch nicht ganz klar gestellt. Würde die internationale Anleihe die Sachlieferungen auf einige Jahre hinaus zum größten Teile decken, dann wäre das Moratorium praktisch doch fast völlig durchgeführt; nur würden uns später die Zinsen dieser Anleihe belasten und eine Erhöhung der tatsächlichen Zahlungen bedeuten.

Im übrigen enthält der Vorbericht des „Matin" eine nähere Ausführung der schon bekannten finanziellen Organisation der **Eisenbahnen- und Industriehypothek,**

die als Garantie für die Reparation in Betracht kommt. Ein ständiger Ausschuß von 5 Kommissaren soll die Organisation der deutschen Zahlungen in die Hand nehmen, und der „Matin" behauptet, daß insbesondere bei den Amerikanern das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands geradezu unbegrenzt sei. Das ist für uns angenehm hinsichtlich der Anleihemöglichkeit, kann aber bei der Festsetzung der Zahlungen sehr leicht zu einer Überschätzung dessen führen, was wir ertragen können!

Wir stehen, wie mehrmals betont wurde, dem Bericht der Sachverständigen ohne jede Verpflichtung gegenüber und können uns daher

ein ruhiges Endurteil vorbehalten.

Zumal da auch die deutsche Sanierung und die **große Goldbank** zu dem Bericht gehören und der „Matin" darüber nur zu sagen weiß, daß der Sitz der Währungsbank **Berlin** sein wird, das **Gründungskapital 400 Millionen** Goldmark, und daß **Rentenbank wie Golddiskontbank in dem Goldwährungsinstitut aufgehen sollen.** Der Bericht soll verlangen, daß, offenbar zur endgültigen internationalen Sicherung, die Deckung der neuen Goldnoten mindestens dreimal so groß zu sein habe wie der Umlaufsbetrag. Dann müßte allerdings Amerika, das den einzigen wirklich großen Goldüberschuß in der Welt besitzt, stark in diese Bank hineingehen.

Eine neue Mehrforderung der Micum.

Essen, 9. April. (T.U.) Bei den Verhandlungen im Reichskohlenrat über die Selbstkostenberechnung ist nach einer Mitteilung von seiten der Bergarbeiterorganisationen eine neue Berechnung vorgelegt worden, welche auf einer Arbeitsleistung von 880 Kg. pro Schicht basiert, während die erste bereits veröffentlichte Berechnung der Sechserkommission des Zechenverbandes eine arbeitstägliche Durchschnittsleistung von 850 Kg. zugrunde legte. Die Arbeitsleistung hat demnach bis auf 4 Kg. die Friedensleistung erreicht. **Besonders wichtig war die Mitteilung der Unternehmer, daß seitens der Micum jetzt statt 15 Millionen Dollar 17,01 Millionen rückständige Kohlensteuern gefordert werden.** Einem Antrag auf Erlaß dieser Mehrforderung ist bisher seitens der Micum nicht stattgegeben worden. Durch diese Mehrforderung erwächst dem Kohlenbergbau eine weitere Belastung von 35 Pfennig pro Tonne.

Ergebnislose Verhandlungen.

Düsseldorf, 8. April. (T.U.) In den heutigen Verhandlungen der Sechserkommission mit der Micum, die von 3 bis 6¼ Uhr **dauerten,** erklärte die Sechserkommission, die durch das Abkommen mit der Micum übernommenen Verpflichtungen seien weiterhin nicht mehr tragbar. Der Ruhrbergbau verkenne aber nicht die große Bedeutung der Frage, **daß die Arbeit im Ruhrgebiet nach dem 15. April möglichst reibungslos weitergeführt werde.** Die Sechserkommission erklärte sich deshalb für die Zechen bereit, die Sachleistungen auch über den 15. April hinaus fortzusetzen, wenn die finanziellen Möglichkeiten hierfür geschaffen werden. Die Franzosen betonten demgegenüber, daß die auferlegten Lasten für den Ruhrbergbau tragbar seien. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Am Freitag soll erneut verhandelt werden. Die deutschen Vertreter sind sofort nach Berlin abgereist, um mit der Regierung Rücksprache zu nehmen.

Der amtliche französische Bericht.

Düsseldorf, den 9. April. (T.U.) Das amtliche französische Kommuniqué über die gestrigen Micumverhandlungen lautet wie folgt: Die Verhandlungen über die Verlängerung der Mizumverträge haben heute in Düsseldorf begonnen. Die Industriellen haben erklärt, daß sie ganz besonderen Wert darauf legten, ihre Betriebe am 15. April nicht stillzulegen und daß sie die Verlängerung vor diesem Datum wünschten. Nachdem sie aber auf die Schwierigkeit, Kredit zu erhalten, hingewiesen hatten, stellten sie die Frage, ob die belgische und französische Regierung nicht einige Erleichterungen der durch die jetzigen Verträge verursachten Lasten in Betracht ziehen könnten. Die alliierten Behörden erwiderten, daß sie diese Lasten für absolut tragbar erachten. Die nächste Konferenz wurde auf den 11. April festgesetzt.

Sachverständigenberichte und Micumverträge.

Immer wieder waren Verzögerungen eingetreten, die den Termin der Übergabe der Sachverständigenberichte an die Reparationskommission und die Veröffentlichung der Expertengutachten hinausschoben. Nunmehr steht mit Sicherheit fest, daß die Übergabe Mitte der Woche erfolgt und dann wird die Welt erfahren, wie sich die Sachverständigen die geschäftliche Lösung der Reparationsfrage denken, der Frage, die seit 5½ Jahren die Welt nicht zur Ruhe kommen läßt. Es ist anzunehmen, daß die Sachverständigen von vornherein **versucht** haben, ihre Arbeiten den politischen Verhältnissen so weit wie möglich anzupassen; hätten sie dies nicht getan, so wäre ihre Arbeit eine rein akademische Untersuchung, die voraussichtlich zwischen den sich einander bekämpfenden und widerstrebenden politischen Kräften zerrieben werden würde. Aber trotzdem wird noch einiges Wasser bergab fließen, bis die **Reparationskommission** ihre Entscheidung auf Grund der Sachverständigenberichte getroffen hat; und man muß erst abwarten, wie sie die geistige Anleihe, die sie bei den Experten aufgenommen hat, verwerten wird. Die **Grundgedanken des Berichtes** sind bekannt. Im Vordergrund steht die Frage der **deutschen Währung,** und um sie herum rankt sich alles andere. Sicher ist ferner, daß die Sachverständigen eine **Änderung der Wirtschaftsorganisation der besetzten Gebiete** vorschlagen, und die Pariser nationalistische Presse scheint sich mit diesem Gedanken auf einen Wink vom Quai d'Orsey hin abgefunden zu haben; denn um so lauter spricht sie von einer Beibehaltung der militärischen Besatzung, die jeden Augenblick einen Druck ausüben kann, sobald Deutschland Lust verspürt, wieder der „böswillige Schuldner" zu werden, den wir in den Augen der Franzosen und Belgier imer dargestellt haben. Aber gerade das Sichabfinden mit der Umgestaltung der wirtschaftlichen Organisation der besetzten Gebiete treibt Frankreich dazu, noch einmal einen letzten Versuch zu machen, wenigstens noch für sich und seinen Gefolgsmann **Belgien** herauszuholen, was irgend herauszuquetschen ist.

Fast gleichzeitig mit der Übergabe der Sachverständigenberichte beginnen die Verhandlungen über die am 15. April ablaufenden **Micum-Verträge.** Frankreich wendet jeden nur möglichen Druck an, um die Verträge in seinem Sinn zu gestalten, um eine vollendete Tatsache zu schaffen, bevor die Diskussion über die Sachverständigenberichte einsetzt. Man kann ein solches Vorgehen wirklich nicht als Willen zu einer Verständigung auslegen, schon gar nicht, wenn Frankreich auch ein vorübergehendes, kurzfristiges Provisorium ablehnt, nachdem dann im Sinne der Sachverständigenberichte eine Regelung all der strittigen Fragen einzusetzen hätte. Daß der **Wille zur Verständigung auf deutscher Seite unbedingt vorhanden** ist, kann die Pariser Presse den Franzosen nun wirklich nicht mehr vorenthalten, nachdem der Reichskanzler **Marx** in Barmen, der Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** in Kiel und **selbst der Führer der Deutschnationalen auf dem Hamburger Parteitag** erklärt haben, daß wir bereit sind, schwere Opfer zu bringen, um eine erträgliche Endlösung des Reparationsproblems möglich zu machen, und um dem deutschen Volke durch derartige Opfer so viel Atemfreiheit zu geben, daß es wieder ein menschenwürdiges Dasein führen kann.

Der Lohnkonflikt bei den Eisenbahnern geschlichtet!

Der in den letzten Tagen zwischen den Eisenbahnarbeitern und dem Reichsverkehrsministerium ausgebrochene Konflikt ist durch einen entgegenkommenden Beschluß des Reichskabinetts nun glücklich beigelegt worden. Bekanntlich waren in mehreren **Betriebswerkstätten die Arbeiter in den Ausstand getreten,** weil man ihnen nicht eine der Beamtenzulage entsprechende Erhöhung ihrer Löhne gewähren wollte, im besonderen aber, weil man gerade die Bezüge der unteren Gruppen der Eisenbahnarbeiter nicht genügend aufbessern wollte. Zwischen den Organisationen der Eisenbahner und dem Reichsverkehrsminister **Oeser** hatten Verhandlungen stattgefunden, auf Grund deren der Reichsverkehrsminister zu der Überzeugung gelangt war, daß die Forderungen der Eisenbahnarbeiter zum größten Teil berechtigt waren; **Minister Oser versuchte deshalb, das Kabinett nach längeren Darlegungen zu bewegen, seinen Vorschlägen auf Erhöhung der Eisenbahnerlöhne zuzustimmen.** Im Kabinett fand sich eine Opposition gegen den Reichsverkehrsminister, die von dem Reichsfinanzminister Dr. **Luther** geführt wurde, der um seinen balanzierten Haushaltsetat fürchtete. Die Bewegung gewann immer mehr an Schärfe, am Sonntag und Montag tagten in Berlin die Vertreter der Spitzenorganisationen der Eisenbahnarbeiter, die **Postarbeiter** machten Miene, sich dem Vorgehen der streikenden Belegschaften einiger Betriebswerkstätten aus Sympathie anzuschließen. Der Reichsverkehrsminister befand sich also in einer äußerst unangenehmen Situation, auf der einen Seite sah er die Berechtigung der Eisenbahnerforderungen zum größten Teil ein, auf der anderen Seite aber hatte er mit einer Opposition innerhalb des Kabinetts zu rechnen. Er legte deshalb am Dienstag, nachdem er noch einmal eine Aussprache mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Eisenbahner gehabt hatte, seinen Standpunkt in einer sich anschließenden Kabinettsstimmung dar, der Kernpunkt des Problems war die von den Eisenbahnern geforderte

Erhöhung des Stundenlohnes um 6 ₰.

Das Reichskabinett ließ sich von der Notwendigkeit der Bewilligung überzeugen, und stimmte der Stundenlohnerhöhung zu. Über den **Manteltarif** gehen die Verhandlungen ungesäumt weiter, so daß die Lohnbewegung der Eisenbahner sehr bald zu Ende sein dürfte.

So sehr man auch bedauern mag, daß der mühsam ausbalanzierte Etat eine neue Belastung der Ausgabenseite erhält, so wird man angesichts der Beamtengehältererhöhung die Gerechtigkeit der Eisenbahnerforderung verstehen müssen. Es wäre jedenfalls von der Regierung ein völlig falscher Weg gewesen, wenn sie es zu einer Kraftprobe zwischen Eisenbahnarbeitern und sich hätte kommen lassen. In diesem Augenblick ein Eisenbahnerstreik wäre so ungefähr das furchtbarste, was der deutschen Volkswirtschaft hätte passieren können. Der Ausfall an Einnahmen in nur wenigen Tagen hätte die Summen der Stundenlohnerhöhung um ein Vielfaches überschritten. Wir haben volles Verständnis für die Sorge des Reichsfinanzministers um die Stabilität unserer Währung, aber auf die Dauer können die Eisenbahnarbeiter unmöglich auf dem Lohnniveau gehalten werden, auf dem sie bisher standen. Die Pflicht des Reichsfinanzministers und des gesamten Reichskabinetts ist es, für Einnahmen zu sorgen, die die neuen Ausgaben ausgleichen. Bei einiger Mühe wird dies auch durchführbar werden.

Heute Uebergabe der Berichte.

Berlin, 9. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) **Die von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenkomitees haben der Reparationskommission heute um 10 Uhr die Berichte übergeben. Diese Berichte liegen in Berlin noch nicht in vollem Wortlaut vor, sondern es ist lediglich ein offizieller Auszug vorhanden, der im wesentlichen den Angaben des „Matin" entspricht.**

*

Berlin, 9. April. T.U.) **Der umfangreiche Bericht der Sachverständigen ist von Paris aus während der vergangenen Nacht nach Berlin übermittelt worden. Die einzelnen Stücke sind nach ihrem Eintreffen sofort übersetzt worden, so daß der abgeschlossene Bericht heute Vormittag vorliegen wird. Das Reichskabinett dürfte sich heute nachmittag in großen Zügen mit den Vorschlägen der Sachverständigen beschäftigen.**

*

Berlin, 9. April. (T.U.) **Von unterrichteter Seite wird die Aufmerksamkeit auf die Andeutungen am Schluß des „Matin"-Berichtes über die Gutachten der Sachverständigen gelenkt, die sich mit der Konvertierung der in Deutschland aufgebrachten Barbeträge in fremde Währungen befassen. Die Mitteilungen hierüber sind zwar unklar; sie lassen aber darauf schließen, daß die Sachverständigen erkannt haben, daß es sich bei dem Übertrag in andere Länder um die wichtigste Frage der ganzen Reparationsregelung handelt, und man wird diesem Kapitel nach Vorliegen des ganzen Berichtes besondere Aufmerksamkeit zu schenken haben.**

Die leidige Micumfrage.

Berlin, 9. April. (T.U.) **Wie die „B. Z." meldet, ist die 6er-Kommission der Ruhrindustriellen heute in Berlin eingetroffen. Sie wird heute eine Besprechung mit der Reichsregierung haben.**

Die Goldbank.

Paris, 9. April. (T.U.) **Nach dem „Echo de Paris" soll der Vorstand der deutschen Goldnotenbank aus 5 Alliierten, 7 Deutschen und 2 Neutralen, nämlich einem Schweizer und einem Holländer, bestehen.**

*

Rinaldo!

München, 9. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) **Der wegen seiner Beteiligung an dem Putsch vom 8. November steckbrieflich verfolgte und seither flüchtige Adjutant Hitlers, Hermann Esser, wurde in Landsberg am Lech verhaftet. Er kam mit drei Herren im Auto dort an, angeblich um Hitler zu besuchen. Näheres war noch nicht zu erfahren. Doch ist sicher anzunehmen, daß es sich um ein Unternehmen zur Befreiung Hitlers gehandelt hat.**

Die Zusammensetzung der neuen italienischen Kammer.

Rom, 9. April. (T.U.) Nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Wahlen wird sich die neue Kammer etwa folgendermaßen zusammensetzen: Faszisten 355 Sitze, wozu noch 13 Abgeordnete der faszistischen Minderheitsliste kommen; Katholische Volkspartei 37 Sitze, Einheitssozialisten 35 Sitze, Maximalisten 24 Sitze, Kommunisten 18 Sitze, Republikaner 7 Sitze, Giolitianer, die nicht zur Opposition zählen, 3 Sitze. Außerdem ziehen in die Kammer ein 9 Sozialisten, 7 Demokraten (Amendolas), 2 Demokraten (Gruppe Corradini), 4 Liberale aus Neapel, 7 Deputierte, die keiner Partei angehören, 2 Deputierte der Partei Sardo und 4 Deputierte aus den slowenischen und deutschen Grenzgebieten der Ober-Etsch und der Venetia Julia.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240409-12/fragment/page=0001
DFG

Das bayrische Wahlergebnis

Für das rechtsrheinische Bayern, also für Bayern ohne Pfalz, liegen nunmehr die endgültigen Ziffern vor. Die Zusammensetzung der Parteien im künftigen Landtag wird durch die 15 Mandate, die die Pfalz erst am 4. Mai vergeben wird, insofern noch beeinflußt werden, als die Völkischen in der Pfalz keine Kandidaten aufgestellt haben und folglich ihre Mandatsziffer nicht mehr erhöhen können. Auf der anderen Seite werden Bayerische Volkspartei, Sozialdemokraten und vielleicht auch Demokraten und Nationalliberale aus den pfälzischen Stimmen Gewinne erzielen, so daß der endgültige Landtag keinesfalls den Rechtscharakter tragen wird, der aus den heutigen Ziffern sich ergibt. Im rechtsrheinischen Bayern haben nämlich

die Bayerische Volkspartei 38 Sitze,
die Völkischen 20,
die Sozialdemokraten 17,
die Deutschnationalen, der Bauernbund und die Kommunisten je 8,
die Demokraten 2 und
die Nationalliberalen 1 Sitz.

Das Bild ist verändert genug; bemerkenswert ist bei diesen Endziffern, so wie bei den ersten, die zweifellose Niederlage der Bayerischen Volkspartei, insbesondere in den städtischen Bezirken, der starke Erfolg der Völkischen bei ihrem ersten Anlauf und schließlich die überraschend geringen Verluste der Sozialdemokratie. Die Mehrheitssozialdemokratie hatte 1920 nicht viel mehr Stimmen erzielt als die Vereinigte Sozialdemokratie diesmal behaupten konnte, die mit rund 440 000 Stimmen knapp hinter den Völkischen als drittgrößte Partei bestehen blieb. Freilich sind die 390 000 Stimmen der Unabhängigen von 1920 völlig verschwunden, wenn man die 2400 Stimmen vernachlässigt, die auf die unabhängige Liste diesmal abgegeben wurden; aber die Vermehrung der Kommunisten von 51 000 in 1920 auf 203 000 heute bedeutet doch wohl, daß die ehemaligen Unabhängigen zum größten Teile Kommunisten geworden sind und zum kleineren Teil in den Arbeiterflügel der Völkischen hineingingen. Bleibt man bei der Terminologie des Herrn von Kahr, dann hatten 1920 die Parteien mit „marxistischem Programm" rund 927 000 Stimmen und diesmal zusammen 637 000; der Gesamtverlust, der, wie wir wissen, in der Realpolitik niemals vereinigten Sozialisten und Kommunisten zusammen beträgt also 290 000 Stimmen, die sich zu einem vermutlich recht großen Teil auf die Nichtwähler beziehen dürften, da die Wahlbeteiligung in diesem Jahre erheblich geringer war. Zweifellos aber ist ein Teil dieser Stimmen zum völkischen Radikalismus hinübergerutscht. Im übrigen haben die Völkischen den größten Teil ihres Erfolges auf Kosten der alten Rechtsparteien errungen; die Bayerische Volkspartei verlor 230 000, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei 200 000 Stimmen; der Stimmverlust dieser Richtungen würde also fast schon ausreichen, um die 490 000 völkischen Stimmen zu erklären. Rechnet man aber, daß auch dieser Stimmverlust der alten Rechtsparteien zum Teil auf unzufriedene Nichtwähler zurückgeht, dann setzt sich die völkische Gefolgschaft aus ehemaligen Radikalsozialisten und aus Rechtsparteilern zusammen, was die innere Festigung der Völkischen auf die Dauer als unmöglich erscheinen läßt. Denn so verschiedenartige Wähler kann man zwar mit einer rücksichtslosen Propaganda zusammenfassen, wenn die herrschenden Richtungen aus falscher Taktik diese Propaganda halb unterstützen, man kann aber mit einer solchen Wählermasse keine ernsthafte Politik treiben. Der Vorwurf, sich durch falsches Entgegenkommen die völkische Übermacht selbst herangezogen zu haben, muß auch die bayerischen Demokraten treffen, die dafür auch von 235 000 auf 78 000 Stimmen zurückgingen und wohl auch zu dem Korps der Nichtwähler beigetragen haben.

Die italienischen Wahlen.

Die Faszisten haben nun ihren Wahlsieg in der Tasche, womit noch längst nicht gesagt ist, daß die künftige Kammer für Mussolini gefügiger sein wird als die verflossene. Mussolini hat schon seit Langem mit einer Nebenregierung der Parteimaschine einen stillen, aber zähen Kampf zu führen, der nur deshalb noch nicht ausgebrochen ist, weil Mussolini eine ausgesprochene Führernatur, eine Persönlichkeit, ist. Gerade das also, was bisher die Regierungsmöglichkeit Mussolinis ermöglicht hat, fehlt unseren Auch-Faszisten, die gleichfalls gerne in Faszismus machen möchten, aber keinen Führer haben. Jedenfalls kamen sie immer arg in Verlegenheit, wenn man sie nach einem solchen überragenden Kopf fragte, ganz abgesehen davon, daß der Faszismus ein echtes italienisches Gewächs ist, nicht einmal in Spanien funktioniert die Kopie von ihm. Der Wahlsieg der Faszisten war ja zu erwarten. Dafür sorgte einerseits das neue Wahlgesetz, das ganz Italien zu einem einzigen Wahlkreis machte, und das der Partei, die die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigte, ohne weiteres zwei Drittel aller Abgeordnetensitze zuerkannte. Die örtlichen Organisationen haben dann einerseits durch einen genügenden Terror dafür gesorgt, daß die Opposition sich hübsch ruhig verhalten mußte, und andererseits dafür, daß die Wahlbeteiligung der Faszisten lückenlos war, während die Wähler der Oppositionsparteien vielfach aus Resignation der Wahlurne fern geblieben sind; denn anders ist es nicht zu erklären, daß in Rom etwa 40 Prozent und in der Provinz etwa nur 60 Prozent der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Das offizielle Wahlergebnis wird man erst ein paar Tage später erfahren können, da bei dem komplizierten Aufrechnungssystem viel Zeit verloren geht.

Wichtiges vom Tage.

Markbewertung in der Newyorker Schluß- und Nachbörse 21¼ Geld, 21½ Brief. Dollarparität 4,55 Billionen.

*

Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Erkrankung des Königs Albert sich bedeutend verschlimmert hat. Der Geburtstag ist gestern nur in einem kleinen Familienkreise gefeiert worden.

*

Gestern haben zwischen der österreichischen Regierung und der unter Führung des Ministerialdirektors Stockhammern stehenden deutschen Delegation die Verhandlungen über die Abänderung gewisser Zollsätze begonnen. Die vorläufigen Besprechungen werden bis Mitte nächster Woche geführt und dann nach Ostern wieder aufgenommen werden.

*

Das Zentral Relief Comitee in Newyork hat durch seinen hiesigen Vertreter an bedürftige deutsche Institute, Hospitäler und Heime in 21 deutschen Städten 6700 Kisten mit Milch und 3350 Sack Mehl verteilt. Außerdem wurden der Pfalz 1800 Sack Mehl zugewiesen.

*

In dem Beleidigungsprozeß des Sanitätsrats Pittinger, des Vorsitzenden des Bundes Bayern und Reich, gegen die Münchener Post, die gegen Pittinger u. a. den Vorwurf erhoben hatte, er habe Waren aus dem Felde in Waggons nach der Heimat verschoben, kam es nach zweitägiger Verhandlung zu einem Vergleich.

*

Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern Verhandlungen zur Beilegung des im Buchdruckgewerbe ausgebrochenen Lohnstreiks statt. Sie führten zu keiner Einigung. Die Arbeitgeber verlangten, daß der Schiedsspruch, der den Spitzenlohn von 30 ℳ wöchentlich vorsieht, für rechtsverbindlich erklärt wird. Vor Donnerstag ist eine Entscheidung in der Frage der Verbindlichkeitserklärung nicht zu erwarten.

*

Der württembergische Landtag wählte den Staatsrat Rau, den bisherigen Verweser des Arbeits- und Ernährungsministeriums, zum Staatspräsidenten. Dieser nahm die Wahl an. Er übernimmt zugleich das Arbeits- und Ernährungs- sowie das Kultusministerium. Staatspräsident Rau berief den bisherigen Minister Bolz als Finanzminister und den bisherigen Justizminister Beyerle als Justizminister.

*

Moskau, 9. April. (T.U.) Der fünfte Kongreß der Kommunistischen Internationale soll, wie die „Prawda" meldet, am 5. Juni in Moskau zusammentreten. Am 25. Mai soll eine erweiterte Plenarsitzung des Exekutivkomitees stattfinden. Die Tagesordnung ist noch nicht bekannt.

Paris, 9. April. (T.U.) Die Kammer hat mit 415 gegen 70 Stimmen, den vom Senat angenommenen Gesetzentwurf bezüglich des Baus von zehn Schiffseinheiten angenommen. Sie hat ferner den Gesetzentwurf über den Ausbau des Rheinhafens in Straßburg angenommen.

*

Der polnische Ministerrat beschloß, eine ständige Delegation Polens beim Völkerbund zu errichten.

Außenpolitische Übersicht.

Die Schweiz gegen das deutsche Ausreiseverbot.

Zürich, 8. April. (T.U.) Von Seiten der Schweiz, hauptsächlich von denjenigen Kreisen, die direkt oder indirekt von der Fremdenindustrie Nutzen ziehen, werden jetzt alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine Aufhebung oder eine Milderung des deutschen Ausreiseverbots zu erzielen. Der Direktor des schweizerischen Hoteliervereins, Nationalrat Kurer, hat sich bereits mit verschiedenen Behörden und Verkehrseinrichtungen, wie der Generaldirektion der schweizerischen Bundesbahnen, der Direktion der schweizerischen Mustermesse, dem schweizerischen Verkehrsbüro in Berlin usw. ins Benehmen gesetzt, um zusammen mit ihnen gegen das deutsche Verbot vorzugehen.

Ein geheimnisvoller Goldtransport.

Paris, 8. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Linksstehende französische Blätter berichten, daß gestern Abend drei Waggons mit 12 Tonnen Gold den Pariser Nordbahnhof verlassen haben. Die Wagen wurden von Beamten der Bank von Frankreich begleitet. In Calais wurden sie auf ein englisches Schiff mit der Bestimmung nach London gebracht. Die Blätter, die diese Meldung wiedergeben, erinnern daran, daß der frühere Finanzminister erklärt hat, die Rückzahlung der englischen und amerikanischen Kredite an Frankreich werde kein Gold erfordern, das dem Bestand der Bank von Frankreich angehöre. Die Blätter verlangen infolgedessen Aufklärung darüber, woher die gestern nach London gesandten Goldbarren stammen.

Die britischen Banken und die Frankenstützung.

London, 8. April. (T.U.) Zur Franken-Besserungs- und Stützungsaktion durch englische Großbanken wird aus guter Quelle mitgeteilt, daß diese Aktion hauptsächlich dadurch bestimmt war, daß man französischen Sicherheiten große Beträge in Pfund gegeben hatte. Die Stützungsaktion ist darauf unternommen worden, um die englische Finanzwelt gelegentlich der letzten französischen Währungskrise vor großen Verlusten zu schützen. Es heißt, daß die Großbanken jetzt eine passende Gelegenheit abwarten, um diese Sicherheiten abzustoßen. Darüber dürfte indessen noch eine gewisse Zeit vergehen.

Die Faszisten gegen das Deutschtum.

Bozen, 9. April. (T.U.) Der ehemalige Bürgermeister Dr. Perathoner und der frühere Abgeordnete Reuth-Nicolussi wurden von Faszisten überfallen und schwer mißhandelt. Dr. Reuth-Nicolussi hatte von einem Gebäude ein Plakat entfernt, in welchem die Faszisten behaupteten, daß der ehemalige deutsche Abgeordnete Baron Sternbach seinerzeit in Udine wertvolle Gegenstände gestohlen habe. Die Mißhandelten erlitten erhebliche Verletzungen. Der Präfekt von Trient hat auf ein Beschwerdetelegramm der Deutschen sein Bedauern ausgedrückt und erklärt, daß die Schuldigen der Strafe zugeführt werden. Auch der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit in Rom hat telegraphisch erklärt, daß er für die Wiederherstellung der Ordnung Sorge tragen werde.

Deutschland.

Die Wahlfreiheit im besetzten Gebiet.

Berlin, 9. April. (T.U.) Das französische Ministerium des Äußern hat dem deutschen Botschafter in Paris auf dessen Demarche wegen Sicherung der Wahlfreiheit im besetzten Gebiet am 4. April ein Schreiben zugehen lassen, demzufolge die französische Regierung erklärt, sich in innerdeutsche Angelegenheiten nicht zu mischen (!) und auch nicht zur nächsten Wahl Stellung zu nehmen. Daher sind nach Ansicht der französischen Regierung die in dem Aide-Memoire des deutschen Botschafters aufgeworfenen Fragen zwischen der interalliierten Rheinlandkommission oder dem französisch-belgischen Oberkommando einerseits und den deutschen örtlichen Behörden andererseits zu regeln.

Aussetzung des Strafvollzuges für Hitler und Genossen?

München, 9. April. (T.U.) Wie die „Großdeutsche Ztg." meldet, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Matt gestern einer bei ihm vorsprechenden Abordnung des völkischen Blockes, welche die sofortige Aussetzung des Strafvollzuges für Hitler, Dr. Weber, Poehner und Kriebel verlangte, er werde sich mit dem Justizminister besprechen, ob es notwendig sei, den Ministerrat sofort einzuberufen, oder ob die Rückkehr des zurzeit verreisten Ministerpräsidenten abgewartet werden soll. Auf Befragen brachte Minister Dr. Matt für seine Person seine ablehnende Stellung zu der Forderung zum Ausdruck.

Verurteilung wegen Landesverrats.

Breslau, 9. April. (T.U.) Der Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts verhandelte am Dienstag in siebenstündiger Beratung gegen den früheren Polizeiwachtmeister Josef Kuffka aus Gleiwitz wegen vollendeten und versuchten Landesverrats. Kuffka hatte sich im Januar vorigen Jahres mit zwei polnischen Spionen in Verbindung gesetzt, denen er in einem Falle militärische Schriftstücke übermittelte, deren Geheimhaltung im Interesse Deutschlands geboten war. In zwei weiteren Fällen ist es bei Versuchen geblieben. Der Strafsenat hielt eine strenge Bestrafung für geboten und erkannte auf acht Jahre Zuchthaus, 5000 ℳ Geldstrafe und zwölf Jahre Ehrverlust unter Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

Der Wahlaufruf der Deutschvölkischen Freiheitspartei

ist nunmehr erschienen. Er stellt ein Muster von Demagogie, von Gewissenlosigkeit und Unverstand dar, das selbst von den Kommunisten, mit denen die Deutschvölkischen sich ja vielfach berühren, nicht übertroffen werden kann. Der Aufruf schildert die innere und äußere Lage Deutschlands in den schwärzesten Farben, um dann die völkischen Versprechungen in desto leuchtenderem Glanze erscheinen lassen zu können. Auf handgreifliche Unwahrheiten kommt es dabei nicht an. Während beispielsweise die Regierung sich bemüht, durch banktechnische Einrichtungen die endgültige Rückkehr zur Goldwährung zu ermöglichen, und damit die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands auf einen festen Boden zu stellen, behauptet der Aufruf, das „jüdisch-parlamentarische System" wolle „den letzten Rest des deutschen Gutes durch die Goldnotenbank dem internationalen jüdischen Finanzkapital ausliefern". Und während die Reparationszahlungen schon seit längerer Zeit eingestellt sind, erklärt der Wahlaufruf: „Millionen Arbeiter liegen auf der Straße, weil die Regierung durch ihre wahnwitzige Erfüllungspolitik die sauer verdienten Groschen der Steuerzahler dem Feindbund in den unersättlichen Rachen wirft." Ebenso wird weiter gesagt: „Der deutsche Landwirt muß zum Zweck der Erfüllung des Versailler Schandvertrages die Substanz seines Vermögens angreifen, muß Vieh und Werte verkaufen, alles nur zum Besten des internationalen jüdischen Finanzkapitals." Ist es möglich, diese Lügen noch zu übertrumpfen?

Kommunisten und Völkische.

Zwickau, 8. April. (Privatmeldung). In einer Versammlung der Ortsgruppe Zwickau des Völkisch-sozialen Blocks hat der kommunistische Landtagsabgeordnete Grube als Diskussionsredner den gemeinsamen Kampf der Deutschvölkischen und Kommunisten gegen die Kapitalisten und vor allem gegen die Sozialdemokraten proklamiert. Er redete die Versammlung mit den liebenswürdigen Worten an: „Meine lieben Freunde von der völkischen Bewegung!" Wenn er auch mit den Zielen ihres Kampfes nicht einverstanden sei, in der Anwendung der Mittel wolle er ein gutes Stück Weges mit ihnen gehen.

Tänze von Hellerau.

Stadttheater Halle; Gastspiel der Tanzgruppe Kratina der Neuen Schule zu Hellerau.

Im Kampf um eine neue Tanzkunst stehen vor allem zwei Tanzschulen: die Mary Wigman-Gruppe und die Neue Schule zu Hellerau. Beide ringen um die Befreiung des Körpers. Beide dienen dem Ethos der Innerlichkeit. Bewußt streben sie zur Einfachheit. Denn nur Klarheit und Einheit kann Letztes und Höchstes gestalten.

Diese Einstellung setzt sie in Gegensatz zum alten Ballett. Das Ballett hat im Rokoko seine Form gefunden. Es ist Meister in der Erschöpfung des Rein-Stimmungshaften. Im Spitzentanz sieht es seine Krönung. Das Erdentrücktsein und Zarthingehauchte, das sich in ihm enthüllt, entspricht nicht mehr unserer Zeit.

Wir wollen Erdverwachsenheit. Wir brauchen Fundament. Harter Kontur und harte Form sind uns Zweck. Die moderne Tanzkunst trägt diesen Willen. Sie drängt zum Rhythmus. Er schafft ihr Härte. Er bringt Geschlossenheit. Im Rhythmus will sich die Zeit erfüllen.

Schafft die Wigman aus intellektueller Einstellung, so werden die Hellerauer Tänze aus urwüchsigem Naturinstinkt. Dort, wo Leidenschaft in ihre höchsten Spitzen dringt, dort, wo härteste Willensanspannung stählerne Körperkonturen wirkt, schaffen sie Leistungen der Vollendung.

Ihr bestes Wirkungsfeld ist jedoch der Gruppentanz. In kompakten Gruppenformierungen kommt ihr Streben am reinsten zum Ausdruck. Der Höhepunkt der Veranstaltung war der Ukrainische Marsch. Heroisches Aufrecken gestraffter Mädchenkörper zwang hier in Bann. Drei Tänzerinnen in glänzendschwarzem Trikot gekleidet, traten an. Das Aufbäumen der Körper, das Wiegen im Takt, das Zucken im Rhythmus manifestierte die Heiligkeit und Herrlichkeit des Körpers.

In den anderen Tänzen wurde die treffliche Übersetzung der Tonwellen in bewegte Körperlinien offenbar. Auch lustigen und humorvollen Motiven wenden sie ihr Augenmerk zu, wenngleich sie hier nicht eine überzeugende und durchdringende Wirkung hervorbringen.

In den „Bildern einer Ausstellung" gaben die Hellerauer zusammendfassend ihr Können und ihre Kunst. Die Musik war von Mussorgsky, jenem leidenschaftlichen und unausgeglichenen Russen, dessen „Boris Godunow" an zahlreichen deutschen Opernbühnen stürmischen Erfolg hatte. Die Aneinanderreihung verschiedenartiger Motive war aber für die Entwicklung der tänzerischen Linie hemmend. Das Schlußbild „Das große Tor" gab erst das große Erlebnis. Der feierliche Endsatz, in den das musikalische Werk ausklang, fand eine treffende tänzerische Form. Immer ist es das rhythmische Auf und Ab, daß in Körper und Geste finngerechte Übertragung findet.

Die Ehrlichkeit und Offenheit im Schaffen dieser Tanzgruppe zeigte sich auch in der Lösung einer Kardinalfrage des alten Balletts: in der Bekleidung. Die Kostümgestaltung, die in den Händen von Emmy Ferand lag, war zweckmäßig und darum voll befriedigend.

Die besten Tänzerinnen der Gruppe Kratina sind neben der Gruppenführerin Annsi Bergh, Rosl Chladek und Mary Hougberg, die eine ausgezeichnete Körperdurchbildung und musikalische Aufnahmefähigkeit besitzen. Valerie Kratina bewies in der Tanzregie und in den Einzeltänzen, daß sie seit den vorjährigen Tanzfestspielen in dem stolzen, hohen Festhaus zu Hellerau an Können und Schaffensintensität nur zugenommen hat.

Hellerau ist eine Stätte neuer deutscher Kultur. Sie leistet Arbeit am geistigen Aufbau. Erst wenn der Körper frei geworden ist, wird auch der Geist frei werden. Die Einheit und die Freiheit des Körpers und des Geistes allein können die Kultur der Zukunft zur Kultur der Gegenwart umschaffen.

Kurt Plötz.

Muttersprache.

Von Joh. Heinrich Pestalozzi.

Die Naturgemäßheit der Erlernung der Muttersprache und jeder anderen Sprache ist an die durch Anschauung erworbene Erkenntnis gebunden, und der naturgemäße Gang der Kunst in der Erlernung von beiden muß mit dem Gange der Natur, nach welchem die Eindrücke unserer Anschauungen in Erkenntnisse hinübergehen, wesentlich in Übereinstimmung stehen.

Fassen wir diesen Gesichtspunkt in Rücksicht auf die Erlernung der Muttersprache ins Auge, so finden wir, wie alles unterschieden und wesentlich Menschliche sich nur langsam aus dem Tierischen unserer sinnlichen Natur, aus dem es hervortritt, stufenweise entfaltet; so bildet sich auch die Muttersprache, sowohl in Rücksicht auf das Sprachorgan als auf die Erkenntnis der Sprache selber, in langsamen Stufenfolgen. Das Mutterkind kann solange nicht reden, bis seine Sprachorgane gebildet sind. Es kennt aber anfänglich so viel wie gar nichts und kann also über gar nichts reden wollen. Sein Wille und seine Kraft zum Reden bildet sich nur nach Maßgabe der Erkenntnis, die es allmählich durch die Anschauung gewinnt. Die Natur kennt keinen anderen Weg, das unmündige Kind reden zu lehren, und die Kunst muß in ihrer Nachhilfe zum nämlichen Ziele mit ihm eben diesen langsamen Weg gehen, aber es auch mit allen Reizen, die sowohl die Erscheinung der Gegenstände in den Umgebungen des Kindes als der Eindruck des Klanges in der Verschiedenheit der Töne, deren die Sprachorgane fähig sind, auf das Kind haben, zu begleiten und zu befördern suchen. Um das Kind reden zu lehren, muß die Mutter die Natur selbst mit allen ihren Reizen, die das Hören, Sehen und Fühlen u. s. f. auf seine Organe hat, auf das Kind einwirken lassen. Sowie das Bewußtsein dessen, was es nicht sieht, fühlt, riecht und schmeckt, in ihm belebt ist, wird sich in ihm auch sein Wille, Ausdrücke für diese Eindrücke zu kennen und sie brauchen zu können, d. h. sein Wille, darüber reden zu lernen, immer stärker aussprechen, und seine Kraft, es zu können, sich bei ihm ausdehnen. Auch den Reiz der Töne muß die Mutter zu diesem Zwecke benutzen. Wenn und insoweit es ihr daran liegt, ihr Kind geschwind reden zu lehren, muß sie ihm die Sprachtöne bald laut, bald leise, bald singend, bald lachend usw. immer wechselnd mit lebendiger Munterkeit und so vor die Ohren bringen, daß es die Lust, sie ihr nachzulallen, notwendig in sich selbst fühlen muß; und ebenso muß sie ihre Worte mit dem Eindruck der Gegenstände begleiten, deren Namen sie dem Kinde ins Gedächtnis bringen will. Sie muß ihm diese Gegenstände in den wichtigsten Verhältnissen und in den verschiedensten und belebendsten Lagen vor die Sinne bringen und vor den Sinnen festhalten, und in der Einübung der Ausdrücke nur in dem Grade vorschreiten, in welchem ihr Eindruck durch die Anschauung im Kinde selbst gereift ist. Die Kunst oder vielmehr die erleuchtete Muttersorge und Muttertreue kann die Langsamkeit dieses Naturganges in der Erlernung der Muttersprache beschleunigen und beleben.

Die Natur unterwirft unser Geschlecht in ihrem Einfluß auf die Erlernung der Muttersprache bis auf einen gewissen Punkt zwingend den ewigen Gesetzen, aus denen jeder naturgemäße Sprachunterricht wesentlich hervorgeht und hervorgehen muß. In der Natur ist das naturgemäße Empfangen derselben gegenseitig instinktartig belebt. Die Mutter und das Kind unterwerfen sich den ewigen Gesetzen dieses Naturganges so viel wie instinktartig; sie sind nur instinktartig dafür belebt. Ihre freie und frohe Befolgung ist ihre Lust und ihre Freude. Der Trieb, gegenseitig in Übereinstimmung mit den Gesetzen zu handeln, geht aus dem Innersten der mütterlichen und kindlichen Natur hervor. Aber diese Natur ist durch das Verkünstlungsverderben der Welt in den Zeitmüttern der Gegenwart so viel als allgemein gelähmt. Sowie dieses sie in unnatürliche Verhältnisse gegen ihr Kind hinwirft, so werden auch die Gesetze der Entfaltung der Sprachkraft in ihnen ohnmächtig. Sowie die böse Verkünstelung unserer Zeit sich auch in der Bildung der Anschauungserkenntnisse des Kindes, folglich in die Fundamente der Naturgemäßheit des Redenlernens einmischt, wird der Gang der Erlernung der Muttersprache vom Instinkt nicht mehr beholfen. Das naturgemäße Geben des Unterrichts ist in den Zeitmüttern vielseitig verwirrt und verdorben, und in diesem Falle ist der Instinkt, ihn naturgemäß zu empfangen, im Kinde umsonst da. Diese Untergrabung des instinktartigen Einflusses im Geben und Empfangen des ersten mütterlichen Unterrichts ist in seinen Folgen sehr wichtig. Alle weiteren Stufenfolgen der Führung des Kindes werden dadurch in der Wahrheit ihrer Naturgemäßheit tief und vielseitig geschwächt und untergraben. Sie können nicht anders. Sowie das Verkünstelungsverderben unserer Zeit schon dem Kinde Worte in den Mund legt und, als wären sie Sacherkenntnisse, einprägt, von deren wahrer Bedeutung es weder innerlich noch äußerlich eine Anschauung in sich selbst trägt, so ist die Kraft und mit ihr der Segen der Naturgemäßheit in der Erlernung der Muttersprache in ihm in seinem Wesen untergraben. Seine Sprachlehre hat als bildende Mittelstufe zwischen der Ausbildung der Anschauungskraft und derjenigen der Denkkraft die Basis ihres wahren Naturganges oder ihrer wahren Naturgemäßheit insoweit verloren; und sowie die Belebung der naturgemäßen Ausbildung der Anschauungskraft irregelenkt wird, so wird auch der Naturgang im Redenlernen des Kindes selber in seinen Anfangspunkten in der Erlernung der Mutersprache still gestellt, verwirrt und geschwächt. Auch die Basis der naturgemäßen Erlernung jeder anderen als der Muttersprache wird durch diese ersten Verwirrungsschritte in der Naturgemäßheit der Sprachlehre der reinen, segensvollen Kraft beraubt, die ihr im unverdorbenen, ungeschwächten Zustande dieser Kraft halber wesentlich beiwohnt.

Das Erlernen der Muttersprache geht beim Kinde unbedingt vom Eindruck der Objekte aus, die es durch die Anschauung sinnlich erkannt und deren Namen zugleich seinem Ohre bekannt und seinem Munde geläufig gemacht worden sind. An das Erkennen und Aussprechen der Namen dieser Objekte schließt sich allmählich, aber langsam, das Erkennen und Aussprechen der Beschaffenheit und der Wirksamkeit derselben, der Zeit- und der Beschaffenheitswörter, die ihnen zukommen, an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240409-12/fragment/page=0002

So predigte er an Stelle der Erfüllungspolitik, die nur den Kapitalisten hüben und drüben zugute käme, den bewaffneten Kampf gegen die Kapitalisten durch Verbindung mit dem militärisch starken Sowjetrußland. Ein Lehrer Schürer von den Deutschvölkischen erklärte, daß die Völkischen 75 Proz. von dem unterschrieben, was Grube ausgeführt habe. über die anderen 25 Proz. könnte eine Verständigung bei gutem Willen erzielt werden. Der Kampf der K.P.D. gehe nicht gegen die Völkischen, sondern mit den Völkischen gegen die Sozialisten.

Merseburg und Umgegend.

9. April.

Sonntagsverkehr auf der Strecke Merseburg—Schafstädt.

Vom 20. April d. Js. ab wird der Sonntagsverkehr auf der Strecke Schafstädt—Merseburg wieder aufgenommen. Von genanntem Tage ab verkehren demgemäß Sonn- und Festtags folgende Züge:

2082 Schafstädt ab 11.50 vorm. — Merseburg an 12.38 mittags.
2087 S. Merseburg ab 1.40 nachm. — Schafstädt an 2.28 nachm.
2092 S. Schafstädt ab 7.55 abends — Merseburg an 8.43 abends.
2093 S. Merseburg ab 10.43 abends — Schafstädt an 11.32 abends.

*

** **Das Preußische Fachbauamt Merseburg** befindet sich ab 1. April 1924 im Schloßgebäude.

** **Die Wahllisten** liegen zurzeit im Stadtverordnetensitzungssaal zur öfentlichen Einsichtnahmeaus. Wie wir festgestellt haben, wird vom Recht der Listeneinsichtnahme nur in geringem Umfange Gebrauch gemacht. Der Umstand, daß jemand bei früheren Wahlen ordnungsgemäß in den Wählerlisten verzeichnet stand, bietet keine Gewähr dafür, daß dies auch für die Reichstagswahl der Fall ist, denn die Listen mußten wieder neu aufgestellt werden, so daß sich Fehler in dieselben eingeschlichen haben können. Versäume aber niemand, die Listen auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit hin nachzuprüfen. Wer es unterläßt, sich von der Richtigkeit der Einträge zu überzeugen, kann, wenn er am Wahltag in den Listen nicht verzeichnet steht, dann nicht wählen und hat sich die Schuld dafür selbst zuzuschreiben. Noch ist es Zeit!

** **Personalabbau.** In letzter Zeit ist wiederholt die Behauptung aufgetaucht, daß bei den Reichsministerien selbst ein Personalabbau in nennenswertem Umfang nicht eingetreten sei. Wie amtlich festgestellt wird, ist diese Behauptung nicht zutreffend. Die Personalabbauverordnung ist selbstverständlich auch bei den Reichsministerien weitgehend zur Auswirkung gekommen. So ist z. B. der Personalstand:

des Reichsverkehrsministeriums um 20,44 v. H.
„ Reichspostministeriums um 19,25 v. H.
„ Reichsfinanzministeriums um 19,25 v. H.
„ Reichswirtschaftsministeriums um 23,88 v. H.

vermindert worden.

** **Die ersten Schwalben** wurden heute an der Saale bei Meuschau gesehen und auch die sogen. Hausschwalbe hat ihr altes Revier bezogen. Es muß doch Frühling werden!

** **Preußische Klassen-Lotterie.** In der 2. Klasse dieser Lotterie sind alle Lose, die mit den Zahlen 30, 48 und 87 enden, mit einem Gewinn gezogen worden. Auch alle hohen Gewinne tragen diese Endnummern.

** **Warnung!** Ueber zunehmende Taschendiebstähle wird jetzt lebhafte Klage geführt. Besonders auf dem Markte haben es die Langfinger auf die gewöhnlich in den Handkörben liegenden Geldtaschen der Hausfrauen abgesehen und benutzen den Andrang an den Verkaufsständen dazu, sich die Beute anzueignen. Neuerdings ist ein ähnliches Verfahren auf dem Bahnhofe bemerkt worden. Beim Einlaufen der Züge benutzten Diebe das Gedränge, aus den Handtaschen die Geldtaschen zu stehlen. Wir machen die reisenden Frauen auf diesen neuesten Trick der Langfinger aufmerksam und empfehlen besondere Vorsicht obwalten zu lassen.

** **Das Amtsblatt der Stadt Merseburg** enthält in heutiger Ausgabe Bekanntmachungen über die Kanalbenutzungsgebühren, die Hundesteuer, Grundsteuern und Hauszinssteuern, Voranmeldung auf die Gewerbeertagssteuer, Straßenreinigung und Rechnungseinreichung an die Stadt.

** **Die Hausbesitzer seien besonders** auf die Bekanntmachung des Magistrats im heutigen Amtsblatt aufmerksam gemacht, wonach die Grundsteuern, Kanalgebühren und die Hauszinssteuer vom 14. bis 23. April zu zahlen ist. Wir kommen noch näher auf die Bekanntmachung zurück.

** **Vom Wochenmarkt.** Trotz des Regenwetters war der heutige Wochenmarkt gut besucht. Nur vereinzelt war das in früheren Jahren um diese Zeit so beliebte Frühgemüse angeboten. Hier und da zeigte sich Spinat, Schnittlauch und Radieschen. Das langanhaltende Winterwetter hat das Wachstum dieser begehrten Gemüsesorten stark beeinträchtigt. Auffallend groß war das Angebot in Apfelsinen. Außerdem konnte jede Hausfrau ihren Bedarf eindecken in Käse, Eiern, Äpfeln, Fleisch und Fischwaren, Seife usw.

** **Das Telephon als Antenne.** Unter diesem Stichwort veröffentlicht eine Provinzzeitung eine „interessante technische Neuerung", wonach die Fernsprechanschlußleitung mit Hilfe eines Zwischenschalters als Antenne für drahtlose Verbindungen benutzt werden kann. Derartige Schaltungen gefährden den Betrieb und stellen eigenmächtige Veränderungen der technischen Einrichtungen dar, die gesetzwidrig und strafbar sind (§ 317 des St. G. B.). Vor der Anwendung solcher Schaltungen wird gewarnt.

** **Unnütze Ausgaben.** Schon oft haben wir an dieser Stelle das nächtliche Besudeln der Häuser gebrandmarkt, hervorgerufen von rechts- und linksradikalen Elementen. Sie glauben eine Heldentat vollbracht zu haben, wenn sie an allen Ecken der Stadt ihre Kraftausdrücke oder ihre Hakenkreuze angebracht haben. Waren es früher nur Zettel aus Papier, so ging man in letzter Zeit dazu über, gleich mit Schablonen und roter Oelfarbe oder gar mit Teer die Wände zu beschmieren. So auch am hiesigen Ständehaus. Dort prangte in den schönen, von Künstlerhand hergestellten Sandsteinen seit einiger Zeit in roter Oelfarbe ein kommunistischer Kraftausdruck, und bald darauf hielten es unsere Hakenkreuzler für nötig, auch ihr „Wappen" darauf mit Teer anzubringen. Um nun diese Sudeleien zu beseitigen, mußten dieser Tage zwei Steinmetzen herangezogen werden, welchen es erst nach stundenlanger Arbeit gelang, mit ihren Werkzeugen die „Stammbuchverse" dieser traurigen Elemente aus den schönen Sandsteinen auszumeißeln. Die Kosten hierfür trägt natürlich nur die Allgemeinheit. In jetziger Zeit, wo überall gespart werden muß, sollte jeder ein wachsames Auge auf solche Schmierfinken haben, und jeden Fall zur Anzeige bringen, damit solchen Burschen das Handwerk gelegt wird und so der Allgemeinheit solche unnütze Ausgaben erspart werden.

** **Zweckdienlichkeitsbescheinigungen zur Befreiung von Grunderwerb- und Zuwachssteuer.** Um eine bessere Bewirtschaftung von Grundstücken zu ermöglichen, ist oft ein Grundstücksaustausch unter entsprechender wirtschaftlicher Zusammenlegung oder unter Vornahme einer Grenzregelung erwünscht. Auch zur Herbeiführung einer besseren Gestaltung von Bauflächen kommt ein derartiger Austausch in Betracht. Maßnahmen dieser Art scheitern aber häufig an der Kostenfrage. Um berechtigten Wünschen in solchen Fällen nachzukommen und die Durchführung derartiger, die Landeskultur fördernder Bestrebungen zu erleichtern, ist eine Befreiung solcher und ähnlicher landeskultureller Verbesserungen von der Grunderwerbssteuer und der Zuwachssteuer unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen. Nach dem Grunderwerbssteuergesetz und dem Zuwachssteuergesetz wird die Grunderwerbssteuer bezw. die Zuwachssteuer nicht erhoben, beim Austausch im Inland belegener Grundstücke zum Zwecke der Zusammenlegung, der Grenzregelung oder der besseren Gestaltung von Bauflächen (Umlegung) sowie bei Ablösung von Rechten an Forsten, wenn diese Maßnahmen auf der Anordnung einer Behörde beruhen oder von einer solchen als zweckdienlich anerkannt werden. Die Prüfung und Anerkennung der Zweckdienlichkeit erstreckt sich auch auf alle Fälle eines privaten Grundstücksaustausches obengenannter Art. In Preußen ist die Anerkennung der Zweckdienlichkeit in solchen Fällen den Vorstehern der Kulturämter übertragen, die eine entsprechende Bescheinigung — die Zweckdienlichkeitsbescheinigung — ausstellen. Zu diesem Zweck wird der Antrag auf Befreiung von der Grunderwerbssteuer an den Kreisausschuß (Stadtausschuß in Stadtkreisen) als Grunderwerbssteuerstelle, der Antrag auf Befreiung von der Zuwachssteuer an das Zuwachssteueramt in jedem Fall mit dem Ersuchen gerichtet, ihn an das zuständige Kulturamt zur Ausstellung der Zweckdienlichkeitsbescheinigung abzugeben. Grunderwerbssteuerstelle (Kreis- oder Stadtausschuß) und Zuwachssteueramt haben dann den Antrag dem Vorsteher des Kulturamts in Halle a. S., Gütchenstraße 1 II, zuzuteilen.

Der 2. Verhandlungstag des Provinziallandtages.

2. Sitzung — Mittwoch vormittag.

Mit mehr als halbstündiger Verspätung, um 9,38 Uhr, eröffnet der 2. Präsident Dr. Zehle die Sitzung und führt einen neuen Abgeordneten von der KPD. ein.

Sodann tritt man in die

Etatsberatung

ein. Zunächst spricht Abg. Thiele (VSPD.). Er begrüßt die übersichtliche Anordnung, die einen klareren Überblick über den Etat ermögliche, wie das vor dem Kriege möglich war. Redner äußert Wünsche über weitere Abänderungen und Umstellungen in den Positionen für die Aufstellung des nächsten Etats. Erfreulich sei, daß sich im Vorjahre ein Überschuß von 500 000 Goldmark ergeben hat. Wir müssen aber entgegen der Anschauung des Stellvertreters des Landeshauptmanns den Standpunkt vertreten, die günstige Lage nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, sondern zur Bildung von Fonds zu schreiten, da diese durch die Inflation verschwunden sind. Redner streift den Beamtenabbau und Achtstundentag und ersucht das Haus, wenn es schon von 10 auf 8½ Prozent der Provinzialumlage auf Reichssteueranteile und Realsteuern herabgehe, zu bestimmen, daß diese aber bestimmt erhoben werden müßten.

Abg. Dr. Zehle (BVgg.) begrüßt es, daß endlich nach 10 Kriegs- und Nachkriegsjahren ein Etat auf Goldmarkbasis aufgestellt werden konnte. Der Satz in der Denkschrift: „Die Provinz hat es abgelehnt, dem Vorbild derjenigen Stellen zu folgen, die Notgeld über den Bedarf erzeugten und für den Überschuß Devisen oder andere Werte erwarben" zeigt, in welchem Abgrunde wir uns befanden. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Provinz diesen Weg nicht beschritten hat. Während die Gemeinden und Kreise um ihre finanzielle Leistungsfähigkeit zu kämpfen haben, versucht die Provinzialverwaltung ihren Personalbestand zu erhalten. Sie will in nie gekanntem Umfange Wegebauten vornehmen. Mit Entschiedenheit wehren wir uns gegen die Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise, die durch die Schaffung eines Landesjugendamtes hervorgerufen werden wird. Die Art und Geschäftsführung der Esag scheint mit „Kettenhandel" bezeichnet werden zu können. Ehe der Strom an den Verbraucher kommt, geht er durch verschiedene Hände. Auch ist die Preisdifferenz der Gesellschaft gegenüber ihren Abnehmern unberechtigt. Das Vermögen der Provinz ist im allgemeinen gut durch die Inflationszeit hindurch gekommen. Redner wünscht Interesse der Provinzialverwaltung für den Mittellandkanal und schließt mit einem Ausblick auf die am 11. Mai in der Provinz Hannover stattfindende Abstimmung. Wir in der Provinz Sachsen haben die Hoffnung, daß sich die Niedersachsen nicht von unserer Preußenfahne abtrennen. Wir hoffen, daß auch sie sich von der Erkenntnis leiten lassen, daß Preußen nur stark sein kann, wenn die Provinzen festgefügt zusammenstehen, gestützt auf die Selbstverwaltung, gestärkt durch selbständige Gemeinden. So sehen wir in ihnen auch das beste Fundament des Deutschen Reiches.

Abg. Schilling (Zentr.) führt aus, daß die Provinzen die Fesseln wieder abstreifen müßten, die der Staat den Provinzen angelegt hat. Das Zentrum danke der Provinzialverwaltung, daß sie nicht den Weg der Verschärfung der Inflation gegangen sei und der Sächsischen Provinzialbank, die der Provinz über die Zeiten der Inflation hinweggeholfen habe. Die Beamten haben in jenen Tagen mehr wie ihre Pflicht getan. Wir hoffen, daß es der Provinzialverwaltung gelingen wird, unsere Straßen bald wieder in einen besseren Zustand zu bringen. Ob es allerdings jetzt zweckmäßig ist, einen Kapitalfonds anzusammeln, sei fraglich. Redner schließt dann: Solange das deutsche Wirtschaftsgebiet zerrissen, die Schlagader unterbunden und das Wirtschaftsherz abgeschnürt vom deutschen Wirtschaftskörper ist, gibt es keine Gesundung der deutschen Wirtschaft. Wir leben in Zeiten der brutalen Gewalt, aber auch diese Politik wird ein Ende haben. Wie die Gerechtigkeit die Grundlage des Staates ist, so muß sie auch Grundlage jeder Politik sein. Wir hoffen, daß auch einmal für uns der Tag der Freiheit kommen wird, der auch der Tag des Glückes für unsere Heimatprovinz sein wird. (Beifall in der Mitte.)

Nach diesen sachlichen Reden nimmt der Abg. Wallstab das Wort. Er gibt sich offenbar der falschen Vorstellung hin, sich in einer Wahlversammlung anstatt im Provinziallandtag zu befinden. Das Haus begleitet anfangs seine Agitationsrede mit ironischen Zwischenrufen. Das Haus leert sich bei der monotonen Rede allmählich. Sachliches weiß der Redner nicht vorzubringen.

Nach der unliebsamen Unterbrechung der Etatberatung durch die Wahlrede des Kommunisten bedeutet die kritische Bemerkung des Abg. Miller zum Etat eine Rückkehr zur Sachlichkeit. Er geht mit humorvollen Worten über die Agitationsrede des Vorredners hinweg. Er weist das Haus darauf hin daß in dem äußerst vorsichtig aufgestellten Haushaltsplan sich stille Reserven befinden, die die Verwaltung als Spielraum benötigt. Er kritisiert darauf den Hochbau-Etat, der zu geringe Beträge aufweise. Für den Wohnungsbau müßten nach Ansicht seiner Freunde größere Beträge flüssig gemacht werden. Da der Haushaltsausschuß jedoch keine Ergänzungsbeschlüsse gefaßt habe, müsse er hier lediglich die Tatsache feststellen. — Was das Elektrizitätswesen angehe, so müsse hier offen gesagt werden, daß die Provinz leider nicht den nötigen Einfluß in der Esag habe. Es müsse untersucht werden, wo die Ursachen liegen. Die Esag muß eine solche Preispolitik treiben, daß die Städte keine Veranlassung haben, ihre eigenen Kraftwerke zu vergrößern. Der Redner weist darauf hin, daß die Frage, ob Zentralisation oder Dezentralisation im Elektrizitätswesen geboten sei, nicht nur in unserer Provinz, sondern auch in anderen Provinzen diskutiert werde. Um so wichtiger sei es für die Interessen der Provinz, daß die Esag zu einer für die Kommunen tragbaren Preispolitik übergehe. — Der Redner streifte darauf, die erhöhten Dotationen und schließt eine sehr geschickte Polemik gegen den kommunistischen Redner an, dem er nachweist, daß das von Wallstab vorgebrachte Zahlenmaterial längst überholt ist. — Die Schätzungen zum Etat sind mit der gebotenen Vorsicht vorgenommen. Es ist sehr erfreulich, daß die Höhe der Provinzial-Umlage hinter dem geplanten Satz wesentlich zurückbleibt. Man hat der Provinzialverwaltung für ihre umsichtige Geschäftsführung Dank zu wissen.

Darauf gibt ein Vertreter der S. P. D. Ergänzungen zu der Etatrede des Abg. Thiele. — Bei Redaktionsschluß dauert die durch die unnütze und inhaltsleere Rede des Kommunistischen Vertreters in der praktischen Arbeit aufgehaltene Sitzung noch an.

Die Wahl des Landeshauptmanns wird voraussichtlich heute nachmittag stattfinden. In Abgeordnetenkreisen verlautet, daß die V. S. P. D. sich nunmehr auf die Kandidatur des früheren Gesandten Landsberg geeinigt habe. Die Mitte hält an der Kandidatur Hübener als der sachlichen, durch keinerlei Parteitaktik bedingten Kandidatur fest.

In Abgeordnetenkreisen sieht man der Wahl mit Spannung entgegen.

Reichstagsabgeordneter Keinath (Demokrat)

spricht heute in Alt-Rössen im Gasthaus „Zur Erholung" über die „deutschen Wirtschaftsfragen der Gegenwart."

*

Dehmel: Die Menschenfreunde.

Zur Aufführung im Theaterverein.

Ein Schauspiel? Ein Drama? Ich möchte lieber sagen, eine Studie. Eine außerordentlich differenzierte, mit großer Beobachtungsschärfe und Ausdrucksfähigkeit geschaffene Studie in dramatischer Form. Eine Schreibtischarbeit, Broschüren darüber zu schreiben, kriminal-psychiatrische, psychologische, sozialethische Studien. Ein Literatenstück, kein Kunstwerk im höheren Sinne. Tüftelei, nicht Fleisch und Blut. Zersetzende, fressende Kritik an unserer „humanitären" verlogenen Zivilisation — aber Tragik? Sie fehlt dem Stück, weil ihm Held und Heldin fehlt. Ein armer, kluger Narr ist die Hauptperson, aber ein Narr der Halbheiten. Ein Narr mit Hohn aber ohne Humor. Einer, der keine Liebe hat und keine findet, ein grauenvoller Selbstquäler. Auch in der Gestalt der Schwester ist nichts überwindendes. Sie spricht in Formeln.

Das Stück fesselt durch seine interessante Problematik, man muß mitarbeiten, um die halben Rätsel der Charakterzeichnungen und der Vorhandlung zu lösen. Es ist darum interessant im psychologischen Sinne; nicht mehr. Am interessantesten freilich scheint die Frage, wie ist es möglich, daß so ein starker, ein gewachsener Lyriker wie Dehmel, ein Mensch, der das Gedicht schrieb: „Liegt eine Stadt im Tale" und vieles Unvergängliche, daß ein solcher Lyriker seine Kraft an diesen Stoff wendet und an eine psychologische Differentialrechnung.

Die Frage wird offen bleiben müssen, deren Berechtigung durch den Hinweis klarer wird, wie allzu deutlich in dem Stück das Baugerüst sichtbar bleibt. Die Dreigliederung, die monotone und gewollte Wiederholung im äußeren Ablauf der drei Akten. Parallelität gibt noch lange keine Architektonik!

Dankbar ist das Werk eigentlich nur für Schauspieler, die etwas können. Durra und Günzel merkte man das gespannte Interesse an, mit dem sie die psychologischen Finessen studiert haben und nun — bis ins Kleinste genau — ausdrückten. Ihre Leistungen waren technisch bewundernswert. Einen schweren Stand hatte Halka Heller zwischen beiden, aber das liegt bei Dehmel. Die klischeeartigen Aussprüche der Schwester neben dem psychologischen Raffinement der Wachschen Hohnreden — der Kontrast ist unglücklich. Tiedemann als Sanitätsrat spielte famos, auch die Nebenrollen waren gut besetzt.

Das Haus blieb merklich kühl. S. B.

*

Weiße Wand.

Kammerlichtspiele. In den Kammerlichtspielen gastieren bis einschließlich Donnerstag abend Opernsängerin Ellen Kiefer und Opernsänger Hans Horn, die in der neuesten Filmschöpfung auf dem Gebiete der Filmsingspiele, dem 7aktigen Drama „Der Geigerkönig" von Karl Otto Krause, persönlich mitwirken und bei ihrem ersten Auftreten am gestrigen abend einen vollen künstlerischen Erfolg errangen. Der Verfasser schildert in fesselnder Weise die Liebesgeschichte eines auf der Höhe künstlerischen Ruhmes stehenden Geigenvirtuosen zu einer Müllerstochter, die seine Liebe erwidert und ihm voll und ganz vertraut. Ihr Vater ist gegen eine Verbindung und schickt sie, um eine Trennung zu erreichen, zu einer Verwandten in die Stadt. Hier trifft sie den Geliebten wieder. Ein Telegramm an letzteren, das in ihre Hände gelangt, deutet sie falsch und flieht von ihm, wobei sie im Gebirge abstürzt. Auf der Suche nach ihr verunglückt der Künstler ebenfalls; er findet die Besinnungslose aber und veranlaßt ihre Unterbringung in ein Krankenhaus. Ihn selbst verlassen dann die Kräfte, er wird bewußtlos im Gebirge aufgefunden. Seinen liebgewordenen Beruf muß er dann aufgeben, da er sich bei dem Sturz eine Verletzung der linken Hand zugezogen hat, die steif bleibt. Der Schluß bringt Aufklärung und Versöhnung. Die Filmaufmachungen sind prachtvoll und glänzend, herrliche Frühlingsbilder der Natur ziehen am Auge der Zuschauer vorüber. Die als Gäste anwesenden Opernkräfte sangen mit Bravour und unter lebhaftem Beifall des Publikums einzeln und zusammen ernste und heitere Lieder, die von der verstärkten Hauskapelle unter Leitung von Kapellmeister Walter Krauße in dezenter Weise begleitet wurden. — Tosenden Beifall erntete das 3aktige Lustspiel „Die Liebe und der Suff". Eine höchst originelle Handlung wohnt diesem Film von Anfang bis Ende inne. — Hoffentlich ist der Direktion neben dem künstlerischen auch ein finanzieller Erfolg beschieden.

Union-Theater. In die Wüste mit ihrem öden und eintönigen Sandmeer führt uns das 6aktige Filmspiel „Der Scheik". Endlose Karawanen von Kamelen mit ihren Begleitern von einer Oase zur anderen ziehend, überrascht von den Wüstenstürmen geben eine eindrucksvolle Wirkung. Die Stämme der Araber, die auf ihren flinken Rossen durch das Sandmeer jagen, werden gleichfalls mit ihren Sitten und Gebräuchen in prächtigen Bildern vor Augen geführt. Biskra, das Monte Carlo am Rande der Wüste, die schöne tunesische Stadt ist der Ausgangspunkt und auch das Ziel der Karawanen „Diana Mago" eine verwegene Dame, die zu Pferde die Wüste Sahara durchquert, als auch der mächtige Scheik Ahmed Ben Hassan hinterlassen durch ihr wunderbares Spiel einen fabelhaften Eindruck. — Im Beiprogramm „Gerhard als Notstandsarbeiter", ein 2aktiges Lustspiel, erregt Gerhard Damman mit seinen urkomischen Einfällen die größte Heiterkeit.

Wetterwarte.

V. W. am 10. 4. (Donnerstag): Wolkiges, zeitweise heiteres, erheblich kälteres Wetter mit etwas Schneefall. — Am 11. 4. (Freitag): Ziemlich heiteres, vorwiegend trockenes Wetter. Nachts und früh starker Frost, auch tagsüber kühl. Im Osten noch etwas Schnee.

Zwei Tote bei dem Explosionsunglück.

§ **Roßbach** (Schlacht), 9. April. Wie wir erfahren, sind bei dem Explosionsunglück in der Brikettfabrik Hasse zwei Weißenfelser Arbeiter, namens Zimmermann, Vater und Sohn, im Alter von 46 und 16 Jahren so schwer verletzt worden, daß sie ihren Verbrennungen erlagen.

Von einem Augenzeugen wird uns hierzu weiter gemeldet, daß bei der Explosion das Dach vollständig zur Seite geschleudert worden ist und auch die Schwebebrücke, die die Kohle heraufbefördert, herabgestürzt ist. Die Explosion soll dadurch entstanden sein, daß bei der Reinigung eines Kessels eine Stichflamme herausgekommen ist, die den Kohlenstaub zur Entzündung gebracht hat.

§ **Dürrenberg**, 9. April. Der kommunistische Amtsvorsteher Schmöller, der Anfang dieses Jahres vom Regierungspräsidenten zu Merseburg vom Amte enthoben wurde, wurde vom Innenminister Severing wieder in sein Amt eingesetzt.

§ **Schkeuditz**, 9. April. Am Sonntag in der Mittagsstunde konnten zwei Freiballone beobachtet werden, die östlich unserer Stadt nach Leipzig zogen. Es handelte sich um die in Bitterfeld zu einer sportlich-wissenschaftlichen Fahrt aufgestiegenen Ballone „Bussard" und „Martens", die bei der ruhigen frühlingsmäßigen Luft parallel, bald neben, bald der eine über dem anderen in einem Tempo von 2—10-Stunden-Kilometer — also in langsamer Fahrt fuhren. Fast drei Stunden war eine Unterhaltung von Korb zu Korb möglich und einmal berührten sich die gelben Gaskugeln in seltener Anhänglichkeit. Kurz vor 1 Uhr nahm der 600-Kubikmeter-Ballon „Bussard" eine Zwischenlandung bei Wahren vor, stieg dann wieder in die Höhe und bewegte sich in bis zu 1500 Meter Höhe über die innere Stadt und die östlichen Vororte hinweg, überall freudig begrüßt. Gegen 4 Uhr erfolgte die endgültige Landung bei Zweinaundorf.

§ **Altscherbitz**, 9. April. Am Sonnabend wurde in der Nähe der Kirche von Altscherbitz ein Papiersack mit einer Gans gefunden. Mitteilungen, die zur Feststellung des Eigentümers führen können, werden an den Amtsvorsteher in Altscherbitz erbeten.

Mücheln und Umgegend.

* **Querfurt**, 9. April. Unser Superintendent Oberpfarrer D. Rosenthal ist am 1. April aus seinem Ephoral- und Pfarramt geschieden.

Anekdoten.

Die „unpassende" Leichenrede. Als der verdiente Kurator der Universität Göttingen, v. Münchhausen, gestorben war, wurde eine Gedächtnisfeier veranstaltet, bei der die Professoren Kästner und Murray die Leichenreden halten sollten. Es entstand ein Streit, wer zuerst sprechen sollte, und schließlich sagte Murray: „Sie müssen zuerst reden. Ich habe noch etwas zu tun und komme gleich wieder." Kästner, der seinem Kollegen einen Streich spielen wollte, warf einen Blick in das Manuskript des andern und sah den Anfang seiner Rede. Er sprach nun ergreifend über die Verdienste des Verstorbenen und schloß mit den Worten: „Aber beweiset Seelenstärke und weinet nicht, ihr Brüder!" Gleich darauf betrat Murray die Rednerkanzel und begann mit Pathos seine Ansprache: „Weinet, ihr Brüder!" Er war nicht wenig verdutzt, als auf diesen Anfang hin sich in der Trauerversammlung ein unterdrücktes Gelächter erhob.

Auf eine dumme Frage . . . . Am Silvesterabend treffen sich zwei gute alte Bekannte auf der Straße. „Na," sagt der eine, „heute ist ja glücklich Silvester, was werden Sie denn heute abend anfangen?" „Ein neues Jahr!" erwiderte der andere und verschwindet.

Die eifrige Sammlerin. „Aber mein verehrtes Fräulein, ich habe schon so viel gegeben, Sie setzen einem ja geradezu die Pistole auf die Brust!" — „Nein, mein Herr, es ist eine Büchse."

Wybert gegen Husten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240409-12/fragment/page=0003

Der Berlabin-Aff kriegt 'nen Himmel,
Und autot gradewegs zum Himmel.
Er fährt beim Osterhasen vor,
Und flüstert ihm ins lange Ohr:
An Nützlichkeit, nicht Luxus, denke,
Mach Schuh- u. Bohner-Kreem-Geschenke.

Bekanntmachung.

Durch den Herrn Kreistierarzt, Veterinärrat Dr. Bellmer ist die Schweinepest unter dem Schweinebestande des Landwirts Paul Görner in Leuna Nr. 2 festgestellt worden.

Das Gehöft des Paul Görner ist für die Ein- und Ausfuhr von Schweinen gesperrt.

Leuna Werke, den 8. April 1924.

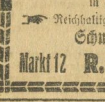
Der Amtsvorsteher für den Bezirk Spergau.

Nach § 37 des U.St.G. haben alle diejenigen Umsatzsteuerpflichtigen, welche bisher keine monatlichen Zahlungen entrichtet haben, bis zum 10. des auf jeden Kalendervierteljahr folgenden Monats eine Vorausmeldung über die im abgelaufenen Kalendervierteljahre vereinnahmten Entgelte abzugeben und gleichzeitig eine diesen Entgelten entsprechende Vorauszahlung zu leisten. Der Steuersatz beträgt vom 1. 1. 24 ab 2½ v. H. Die Vorausmeldungen müssen dem Muster 74a entsprechen. Vordrucke sind bei dem Verlag dieser Zeitung käuflich zu erhalten, sowie beim Finanzamt Merseburg, Weiße Mauer 48.

Die Vorschriften zur Abgabe monatlicher Vorausmeldungen und zur Leistung monatlicher Vorauszahlung für Steuerpflichtige mit größerem Umsatz bleiben bestehen.

Finanzamt.

Salamander -Stiefel u. -Schuhe
in größter Auswahl!
Reichhaltiges Lager aller anderen Sorten
Schuhe und Stiefel.
Markt 12 **R. Schmidt** Markt 12

Heute Mittwoch u. Donnerstag
steht ein Transport

Marino-Hauslämmer
im Gasthaus am Bahnhof Kötschau
billig zum Verkauf
E. Kiesel Nachf.,
Karl Schumann, Lützen.
Fernsprecher 376. — — Fernsprecher 376.

Osterangebot in Damenwäsche

Damen-Hemden

Damen-Hemden mit Stickereiansatz, volle Länge 1.80
Damen-Hemden mit Hohlsaum 2.30
Damen-Hemden mit guter Stickerei 2.40
Damen-Hemden mit elegantem Stickerei-Einsatz und -Ansatz 2.60
Damen-Hemden mit Stickerei-Einsatz oder -Ansatz 2.95
Damen-Hemden mit breitem Stickerei-Einsatz oder -Ansatz 3.25
Hochelег. Damen-Hemden 5.50 6.00 5.90
1 Posten Frauen-Barchent-Hemden 3.50

Damen-Beinkleider

Damen-Beinkleider mit Stickerei 2.45
Damen-Beinkleider mit Stickerei bezw. Hohlsaum 3.50 2.95 2.75 2.65
Damen-Beinkleider mit Handstickerei 4.25

Damen-Nachthemden

Pa. Stoff mit eleganter Stickerei 6.50 5.25

Prinzeßröcke

Elegante Ausführung 8.50 7.50 6.90 6.50 5.90
Korsettschoner feine Twistqualität 7.35 1.20 1.60
Damen-Twisthemden 2.60 2.10
Hemdhosen für Damen, in Twist 2.70

Besonders vorteilhafte Angebote in Erstlingswäsche!

Bitte beachten Sie die Schaufenster.

Carl Stürzebecher
Burgstraße 24. Merseburg Fernruf 194.

Neues Schützenhaus / Merseburg
Freitag, den 11. u. Sonnabend, den 12. abds. ½8 Uhr
Richard Braune's berühmte Künstlergesellschaft
Leipziger Thalia-Sänger
2 große, erstklassige Weltstadt-Programme!
Vorverkauf bei
Hoffmann, Zigarren-Geschäft, Gotthardtstrasse.

Oeffentl. Wähler-Versammlung!
für Neu-Rössen, Dorf Rössen
Leuna, Göhlitzsch
Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr,
in Tänzers Gasthof. Mittelschullehrer
Brenner spricht über:
Unsere Politik in den letzten 4 Jahren!
Die Deutsche Volkspartei.

Gasthaus Leuna-Teich
Am Freitag, den 11. April abends 8 Uhr
Groß. Preis-Skaten
Speckkuchen! Salznochen!
Es ladet freundlichst ein Franz Sixtus.

Deutsche Volkspartei!
Donnerstag, den 10. d. M., abends ½8 Uhr
öffentliche Versammlung
in Körbisdorf. — Dr. Ing. Bader.
Thema:
Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit!

Zu Geschenkzwecken für Konfirmation und Ostern
empfehle die glänzend bewährte Sammlung
Musikalische Edelsteine.
Band I—IX / Preis à M. 7.50.
Jeder Band ist ca. 200 Seiten stark, auf gutem Papier sauber gedruckt und elegant und dauerhaft eingebunden. Der Inhalt jedes Bandes besteht aus 40—60 verschiedenen Werken für Klavier und Klavier und Gesang ernsten und heiteren Charakters in ungekürzten Original-Ausgaben.
Inhalts-Verzeichnis von Band 9:
G. Puccini, Potpourri aus Die Bohème
G. Verdi, Triumphmarsch aus Aida
P. Tschaikowsky, Potpourri aus Eugen Onegin
O. Fetras, Delibes-Fantasie aus Sylvia Coppelia und Nella
P. Tschaikowsky, Andante aus der fünften Symphonie
— Potpourri aus Pique Dame
L. Ziehe, Ahrelflöte, Intermezzo
A. Dvorak, Slavischer Tanz Nr. 6
P. Lincke, Verschämte Liebe, Walz.
R. Pezack, Wenn der Schutzmann kommt, One-Step
R. Eisenberg, Die Heinzelmännchen, Charakterstück
J. von Fielitz, Spanischer Tanz
D. Aluse, Hochzeits-Ständchen, Serenade
Pajacco, Tipty-Step
E. Bohm, Mauen-Attaque
J. F. Wagner, Wiener Bürgermeister-Marsch
S. Translateur, Nur wer die Sehnsucht kennt
W. Engel-Berger, Pst! Die kleine Greiel will jetzt schlafen
S. Smith, Flears de Mai, Mazurka
W. Bromme, Es gibt im Leben manchesmal Momente aus Maskotchen
L. Jessel, Vis à vis von mir aus Die Postmeisterin
F. Lehar, Eine kleine Freundin hat doch jedermann aus Die blaue Mazur
R. Stolz, Guter Mond aus Der Tanz ins Glück
F. Lehar, Eva-Walzer
J. Gilbert, Die Höhe der Situation aus Prinzessin Clola
H. Brandt, Vom Rhein der Wein
E. Bohm, Was i hab
E. Lorenz, A Walzer von Strauß
H. Hofmann, Wenn du kein Spielmann wärst
E. Meyer-Helmund, Du fragst mich täglich
W. Taubert, Wiegenlied
H. Erdlen, Alle Tage ist kein Sonntag
G. Herrmann, Sag mir nur einmal ja
P. Hoppe, Ein rheinisches Mädchen beim rheinischen Wein
L. Gruber, Mei Mutterl is a Wienerin
P. Lincke, Es war einmal
In beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung, sonst direkt vom Verlag
Anton J. Benjamin, Hamburg XI, Alterwall 44.

Käse billig
solange der Vorrat reicht
Tilsiter 1 Pfd. Gouda 1 Pfd. Edamer 1 Pfd. 60 ₰
pr. Holl. Maikäse Pfd. 90 ₰
Edm. Trietchen & Co.,
Lebensmittelhaus
Merseburg, Delgrabe 7.

Seelig's
kandierter Korn-Kaffee

Der Familienvater ist entzückt von ihm, denn er schmeckt herrlich, ist gesund und ist so billig.

Reparaturen an Dachrinnen sow. Zinkdächern (auch in neu) und Installations-Arbeiten aller Art führt zu billigsten Preisen aus
Friedrich Elstermann
Klempnermeister
Gr. Sixtstr. 4. Tel. 532.

Saat-kartoffeln
prima Sandbodenware, gibt zu billigen Preisen ab
Hartung, Wagnerstr. 8.

Ich bin stets Abnehmer von
Schafwolle
in allen Quantitäten von Händlern u. Landwirten.
Beste Strickgarne zum Tausch stets vorrätig.
Pohl,
Sophien-straße 36 **Leipzig** Telef. 11516
Angeb. immer erwünscht

Korsetthaus Emmy Cappes
Obere Breite Straße 8
Spezialität: Hüftenformer u. Korsetten für starke Damen. In jeder Ausführung! Äußerst preiswert! / Äußerst preiswert!

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die best. Verbreitung im „Merseburger Korrespondent."

Riesenschlager
Für unsere Schlager-Zigaretten, 3 u. 4 Pfennig Klein-Verkauf Doppelformate suchen wir tüchtige
Vertreter!
Nur bestens eingeführte Herren, die Erfolge nachweisen können, wollen sich melden
Zigarettenfabrik Thuringia, Erfurt.

Staakes Restauration.
Morgen, Donnerstag
Schlachte-Fest.

Ich suche für sofort einen
Laden
in guter Lage möglichst mit Nebenräumen gegen gute Entschädigung. — Angebote unter 289 an die Exped.

Paul Naumann Speditions-Geschäft.
Merseburg, Hirtenstr. 11, Tel. 265
Wohnungs-Tausch!
Transporte per Bahn mit und ohne Umladung

Transporte per Bahn mit und ohne Umladung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240409-12/fragment/page=0004

Dr. Hübener bringt den Provinzialetat ein.

Nach Bekanntgabe der an den Landtag gelangten Eingaben und ihre Überweisung an die Ausschüsse resp. den Landtagsvorstand werden die Ergänzungswahlen zu den Ausschüssen erledigt. Sodann erteilt der Präsident dem

stellv. Landeshauptmann Geh.-Rat Dr. Hübener

das Wort zur Einbringung des Etats. Der Redner führte u. a. folgendes aus:

Der diesjährige Haushaltsplan zeigt in Aufbau und Gliederung wesentliche Veränderungen gegen das Vorjahr. Die Aufstellung des Haushaltsplans war nicht einfach, da die Grundlagen für eine genaue Kalkulation nicht feststehen. Es handelt sich daher nicht um eine Bedarfsberechnung, sondern um eine Bedarfsschätzung. Die Zahlen des vorjährigen Planes sind in Goldmark umgerechnet dem Etat beigegeben worden. Es lassen sich daraus einige interessante Feststellungen machen. Sie geben aber keine Grundlage für genaue Berechnungen. Deswegen sind dem Etat auch die Zahlen von 1913 beigegeben worden. Auch diese können nicht maßgebend sein, weil der Wert der Goldmark ein anderer geworden ist. Auch war der Aufbau des Etats vor dem Kriege ein wesentlich anderer als heute. Bereits im Vorjahr hatte der Provinzialausschuß dem Etat eine Denkschrift beigegeben. Das hat sich auch in diesem Jahre nötig gemacht. Der Provinzialausschuß hat es für wichtig gehalten, über die Finanzgebarung der Provinz im letzten Jahre Rechenschaft abzulegen. Die Denkschrift nimmt ein ganzes Teil von dem weg, was sonst von dieser Stelle aus gesagt zu werden gepflegt wird. Ich kann daher meine Ausführungen beschränken auf einige wenige Punkte, die mir zur Würdigung des Zahlenwerkes von besonderer Bedeutung erscheinen.

Der Haushaltsplan sieht eine weitere

Verbesserung des Straßennetzes

vor. Bereits im Vorjahre war ein Plan für die Reorganisation des Straßennetzes aufgestellt worden. Infolge der Inflation ist es nicht gelungen, das Programm vollständig durchzuführen. Der Etat für das neue Jahr sieht 140 Kilometer Neudeckung und 16,3 Kilometer Kleinpflasterungen vor. Der Haushaltsausschuß hat den angeforderten Betrag von 3,2 Millionen nicht für zu hoch gehalten, sondern angeregt, für Wegeverbesserungen 4,5 Millionen einzusetzen. Schon 3,2 Millionen war ein Betrag, wie er früher nicht aufgewendet worden ist. Die Provinzialverwaltung begrüßt es selbstverständlich, wenn die Summe auf 4,5 Millionen erhöht wird. Gegen den Etat der Wegebauten steht das Programm der Hochbauten zurück. Immerhin werden auch hier einige Vorschläge gemacht. Es ist notwendig, eine neue Taubstummenanstalt in Erfurt zu bauen. Ferner schlagen wir den Bau eines Landesbauamtes in Halle vor. Wohnungen werden in den Anstalten von Altscherbitz usw. gebaut werden. Durch Neubauten bezw. Umbauten hoffen wir, 38 Wohnungen zu schaffen. Die Hauptaufwendungen für den Wohnbau beziehen sich auf eine Sondervorlage, die nicht mit dem eigentlichen Etat verbunden ist. Sie betrifft die Mitteldeutsche Heimstätte. Dieser soll durch eine Kapitalserhöhung bis zu 75 000 Goldmark und Übernahme der Bürgschaft eine stärkere Förderung des Kleinwohnungsbaues möglich gemacht werden.

Das Kleinbahnnetz,

in dem die Provinz ausschlaggebenden Einfluß hat, ist wesentlich erweitert worden. Das Netz ist angewachsen auf rund 830 Kilometer und übertrifft damit die Streckenlänge einzelner Reichsbahndirektionen. Der Etat sieht nur einen tatsächlichen Überschuß von 31 000 M vor. Das ist wesentlich auf den Wunsch des Provinziallandtages zurückzuführen, die Tarife auf den Kleinbahnen möglichst niedrig zu halten. Dieser Überschuß soll als Stock für Erweiterungen und künftige Beteiligungen zurückgestellt werden. Eine Sondervorlage sieht die Bereitstellung von Mitteln für Kleinbahnneubauten vor. Es handelt sich jedoch nicht um einen endgültigen Beschluß, sondern um eine Ermächtigung des Provinzialausschusses (2½ Millionen). Er soll seine endgültige Stellungnahme abhängig machen von der Erörterung der Wichtigkeit der Projekte und der Finanzlage der Provinz.

Von der Elektrizitätswirtschaft der Provinz

erwartet man einen Überschuß von 175 000 M. Dieser Überschuß wird zur Tilgung der zum Ankauf junger Aktien aufgenommenen wertbeständigen Anleihen verwandt. Der Rest fließt in den Stock der Beteiligung an Elektrizitätsunternehmungen, der bisher aus der Provinzialhauptkasse bestritten, jetzt aus dem Aufkommen selbst gespeist werden kann. In einer besonderen Vorlage werden Mittel angefordert für drei teils neue, teils alte Beteiligungen an Elektrizitätsunternehmungen. Es handelt sich nicht um unmittelbare Bewilligung von Geldern, sondern Sie werden gebeten, Ihre Zustimmung zu geben, gegebenenfalls andere Aktienpapiere zu veräußern, so daß es nicht möglich sein wird, den Einfluß der Provinz auszudehnen.

Die Fürsorgetätigkeit der Provinz

ist vor allem der Ausdehnung der Jugendfürsorge zugute gekommen. Auf diesem Gebiete war die Provinz früher nur tätig durch die Fürsorgeerziehung und durch die einem Legat entstammende Waisenanstalt Langendorf, der sich in der Nachkriegszeit die Kriegerwaisenfürsorge angeschlossen hat. Hier sind im Laufe des letzten Jahres neue Aufgaben gekommen. Die Anstalten Wilhelmsburg und Annaburg sind überhaupt noch nicht im Etat enthalten, weil sie durch Gesetzgebung erst jetzt in die Verwaltung der Provinz gelangt sind. Erst der nächste Etat wird abschließende Zahlen über den Übergang der Anstalten auf die Provinz bringen. Jetzt werden neue Aufgaben der Jugendpflege der Provinz übertragen. Die Provinzen sollen Landesjugendämter bilden. Es ist nicht daran gedacht, eine große neue Behörde aufzuziehen. Unsere Absicht geht dahin, daß wir uns den Aufgaben, die an uns herantreten, nicht entziehen wollen, daß wir diese Aufgaben mit den vorhandenen Einrichtungen und Personal in Angriff nehmen wollen und einen etwaigen späteren organisatorischen Ausbau vornehmen wollen in den Bahnen, die uns die Erfahrung lehrt.

Der Landesfürsorgeverband,

dessen Einrichtung durch den Staat auf Grund der 3. Steuernotverordnung gefordert wird, ist Nachfolger des alten Landarmenverbandes. Auch hier besteht nicht die Absicht, eine große Verwaltung aufzuziehen, auch hier muß versucht werden, etwas neues aus dem Vorhandenen zu ziehen. Im nächsten Jahre werden wir in der Lage sein, über die Organisation neue Vorschläge zu machen. Die Zusammenarbeit mit den Kreisen und Gemeinden muß klargestellt werden. Eine wesentliche Bestimmung der Verordnung über die Fürsorgepflicht heißt, daß die Fürsorgestellen für ihren Bereich Mittelpunkt der öffentlichen Wohlfahrtspflege und zugleich Bindeglied zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege sein sollen. Der Landesfürsorgeverband kann somit auch als Nachfolger des Provinzialwohlfahrtsamtes angesehen werden, der unter Leitung des Herrn Oberpräsidenten segensreich gewirkt hat. Nicht zu verkennen ist, daß die Aufgabe, die uns gestellt ist, außerordentlich schwer ist. Es kann aber die Zeit kommen, wo uns aus der Übertragung dieser Aufgabe großer Gewinn erwächst.

Die Schaffung des Landesjugendamtes, Landesfürsorgeamtes und Landesarbeitsamtes legen den Provinzialverbänden nahe, über das Verhältnis dieser Ämter zu den Kreisen und Gemeinden nachzudenken.

Wir tun gut daran, den Schwerpunkt der Selbstverwaltung nicht zu verschieben, sondern in der Fürsorgetätigkeit nur da in Erscheinung zu treten, wo eine Zusammenfassung nötig ist. Wenn wir die Selbstverwaltung der Gemeinden einschränken wollten, dann würden wir in ähnliche Schwierigkeiten kommen, wie bei der Teilung der Staatshoheit zwischen Reich und Staat. Wir brauchen dem Staat nicht dankbar sein, wenn er uns diesen Teil der Staatshoheitsrechte abtritt. Diese Expansion auf dem Fürsorgegebiet, die wir nicht gewollt haben, die sich uns aufgedrängt hat teils durch die Gesetzgebung, teils durch die Not der Zeit ist der richtige Hintergrund für die Darstellung des

Personalabbaues.

Der Provinziallandtag hat in früheren Jahren wiederholt die Forderung ausgesprochen, das Personal der Provinz abzubauen. Heute liegt dem Hause eine Übersicht vor. Im letzten Sommer haben wir nicht abbauen können, denn zu dieser Zeit hat sich die Arbeit ungeheuer vermehrt. Es ist mir ein Bedürfnis, auszusprechen, daß nur die hingebende treue Arbeit der Beamtenschaft es ermöglicht hat, fertig zu werden mit der ungeheuren Mehrarbeit, die der Leerlauf der Inflationszeit mit sich gebracht hat. Die Provinzialverwaltung hat sich weit weniger durch Reich und Staat zum Abbau nötigen lassen, wie aus eigener Überzeugung. Daß wir jetzt abbauen konnten ist zum größten Teil durch den Rückgang der Verwaltungsgeschäfte möglich geworden. Diesen zeigt eine einfache Gegenüberstellung der Eingangsstatistik. Im 1. Vierteljahr 1924 gingen 38 416 Briefsachen bei der Hauptverwaltung ein, im gleichen Vierteljahr des Vorjahres 49 348. Der Not der Zeit entsprechend ist den Beamten und Angestellten aller Grade erhöhte Mehrarbeit übertragen worden. Insgesamt sind 348 Personen aus dem Dienste der Provinz ausgeschieden. Diese Ziffer könnte den Anschein erwecken, daß der Abbau mit großer Schärfe durchgeführt sei. Dem ist nicht so. Ein großer Teil der Beamten ist durch Pensionierung ausgeschieden. Das weibliche Personal hat größtenteils sofort andere Beschäftigung gefunden. Das enge Zusammenarbeiten zwischen der Verwaltung und den Beamtenvertretern hat hierbei wertvolle Dienste geleistet.

Aber nicht durch den Abbau allein ist es möglich, die Finanzlage der Provinz zu verbessern. Vor einigen Jahren hat Landeshauptmann Oeser den Gedanken hier ausgeführt, daß eine wirtschaftliche Gestaltung der Verwaltung wesentliche Besserung bringen kann. Gerade die Privatwirtschaft kann uns in vielem vorbildlich sein. Gegenüber den Bemerkungen, die seinerzeit an die Ausführung des Landshauptmanns Oeser geknüpft sind, ist auf den großen Unterschied hingewiesen, daß die Privatwirtschaft im Rahmen von Recht und Sitte die Angelegenheiten vom finanziellen Standpunkt beurteilen. Unsere Aufgabe liegt nicht in der Vermögenserhaltung und -vermehrung, sondern ist gemeinnütziger Natur. Was wir lernen können, sind die Mittel und Methoden der Privatwirtschaft. Sie zur Erfüllung unserer gemeinnützigen Bestrebungen dienstbar zu machen, ist nötig. Wir haben darum versucht, das Gebiet der Elektrizitätswirtschaft für die Provinz nutzbar zu machen.

Ich kann die wirtschaftlichen Erörterungen nicht verlassen, ohne besonders auf die Sächsische Provinzialbank hinzuweisen, dank der wir durch die Wirren der letzten Jahre hindurch gekommen sind. Durch die erheblichen Kredite der Bank war uns ein Mittel gegeben zu einer Vorratswirtschaft, die uns in den Stand setzte, bereits in den Sommermonaten uns mit Vorräten für das ganze Jahr einzudecken. Diese Vorratswirtschaft fand im Herbst ein Ende.

Der Haushaltsplan hat Ihnen angekündigt, daß wir ohne Überschuß und ohne Defizit aus dem neuen Geschäftsjahre herauskommen müssen. Ferner hat er angekündigt, daß wir eine Umlage des zu deckenden Fehlbetrages von 4 Millionen Mark erheben müssen. Das würde eine Umlage von 10 Prozent auf Steuerüberweisungen und Realsteuern ausmachen. Ich bin in der glücklichen Lage, Ihnen erklären zu können, daß diese Angaben überholt sind. Wir werden mit weniger auskommen können. Unter Abbürdung der schwebenden Schulden, die wir aufgenommen haben, sind wir aus dem Vorjahre mit 500 000 Goldmark Überschuß herausgetreten. Dieser ist entstanden dadurch, daß die Überweisungen aus den Reichssteuern günstiger geworden sind, als wir noch vor vier Wochen annehmen durften. Die Etatisierung der Steuerüberweisungen wird demnach falsch sein. Es kommt noch hinzu, daß die dritte Steuernotverordnung den Anteil der Länder an der Reichseinkommensteuer von 75 auf 90 Prozent erhöht hat. Da sich der Verteilungsschlüssel zwischen Staat, Provinzen und Gemeinden nicht geändert hat, tritt für die Provinz gleichfalls eine Erhöhung der Einnahmen aus den Reichssteuern um ein Fünftel ein. Wir kommen somit zum Ergebnis, daß wir überhaupt keine Umlage zu erheben brauchen, wenn wir der Ansicht wären, daß die Einkommensteuer fortgesetzt weiter eingeht wie in den letzten Wochen. Das wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zumal durch das scharfe Anziehen der Realsteuern die Einkommensteuern geschwächt werden. Wir schlagen Ihnen daher vor, daß Sie anstatt der vorgeschlagenen 10 Prozent 5 Prozent bewilligen möchten mit der Maßgabe, daß die 5 Prozent nur in dem Umfange eingezogen werden wie es der Bedarf erfordert. Sie werden daher gebeten, den Provinzialausschuß zu ermächtigen, vierteljährlich die Finanzlage der Provinz nachzuprüfen und gegebenenfalls einen geringeren Betrag einzuheben. Die Lage ist etwas ungünstiger geworden, durch den Beschluß des Haushaltsausschusses, 1,3 Millionen Goldmark mehr für Wegebauten aufzuwenden. Das macht 3½ Prozent aus und Sie werden daher gebeten, eine

Umlage von 8½ Prozent

zu beschließen mit der Maßgabe, daß der Provinzialausschuß von Vierteljahr zu Vierteljahr nachprüft, ob dieser oder ein geringerer Betrag zur Erhebung kommt.

Beifall dankt dem Referenten für seine Ausführungen.

Der Präsident schlägt vor, mit diesem Vortrage die erste Lesung des Haushaltsplanes zu schließen und am Mittwoch vormittag in die Hauptaussprache einzutreten.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Cludius (BB.) die Neuwahl des Landeshauptmanns von der morgigen Tagesordnung abzusetzen und die Wahl dem neuen Landtag im nächsten Jahre zu überlassen (Unruhe und Zurufe auf der Linken). Die Neuwahlen dürften ein anderes Bild in der Zusammensetzung des Hauses ergeben.

Abg. Bergemann (VSPD.) widerspricht dem Antrag. Für seine Fraktion sei maßgebend, daß die Provinz seit 1½ Jahren einer Leitung entbehre, wenn gleich Geheimrat Hübener alle Aufgaben außerordentlich gut erledigt hätte. Ob die Neuwahlen zum Provinziallandtag tatsächlich eine Änderung in der Zusammensetzung des Hauses bringen werden, sei abzuwarten. Hier lägen überdies keine anormalen Verhältnisse vor.

Abg. Danner erklärt sich gleichfalls gegen die Vertagung, wenngleich er den Landeshauptmannsposten am liebsten abbauen würde.

Präsident Beims schlägt bei der Wichtigkeit des Antrages Cludius seine Vertagung auf Mittwoch vormittag vor. Die Abstimmung wird angezweifelt, so daß sich Auszählung durch Hammelsprung nötig macht. Antrag Beims wird gegen 59 Stimmen abgelehnt.

Darauf wird gegen die Stimmen der Antragsteller der Antrag Cludius auf Absetzung der Wahl eines neuen Landeshauptmanns abgelehnt. Präsident Beims erklärt, daß er vom Minister des Innern die Auskunft erhalten habe, daß für die Gültigkeit der Wahl des Landeshauptmanns eine einfache Mehrheit nötig sei. Sodann setzt er die nächste Sitzung auf Mittwoch vormittag 9 Uhr fest.

Schluß der Sitzung um 2¼ Uhr. Gm.

Deutschland am Scheidewege.

„Manchester Guardian“ führt in seinem Leitartikel aus, eine tragische Gefahr schwebe über Deutschland. Allem Anschein nach stürze es der Reaktion zu **in dem Augenblick, wo Hilfe nahe und die britische Regierung bestrebt sei, ihr äußerstes zu tun, um bei Deutschlands Wiederherstellung mitzuhelfen und zuzusehen, daß ihm Gerechtigkeit zuteil werde.** Das Blatt ist der Ansicht, die öffentliche Meinung in England sei mit einigen geringfügigen Ausnahmen Deutschland günstig gesinnt.

Der „Manchester Guardian“ muß zugeben, daß das deutsche Volk Grund zur Klage ebenso gegen England wie gegen Frankreich habe. Zehn Jahre nach Ausbruch des Krieges lasse man die Deutschen, die damals Kinder waren, leiden, als ob sie seine Urheber wären. Das

Die Rothersteins.

Roman von Erich Ebenstein.

11. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Oho!“

„Gar nichts oho! Hampe, meine Börse!“

Do sah, wie der alte Kammerdiener seinem Herrn zitternd die Brieftasche reichte und wie der Fürst, blaurot im Gesicht, zwischen den Banknoten herumfingerte. Sein rechtes Bein lag, nur mit einem Wollstrumpf bekleidet, auf einem Stuhl, der ungeschickt an den Lehnsessel angerückt war. Auf einem Tischchen daneben stand ein Kaffeegeschirr, ein Aschenbecher und des Fürsten kurze, englische Pfeife.

Dem Fürsten gerade gegenüber, mit dem Rücken gegen die Tür gewandt, stand Fräulein Miller kampfbereit wie eine Furie und schnappte ordentlich nach Luft. Do war zitternd im Korridor stehen geblieben. Niemand hatte sie noch bemerkt. Was sollte sie tun? Umkehren? Sie hatte eine wahre Todesangst, einzutreten und dadurch vielleicht dem alten Herrn Gelegenheit zu geben, sein Mütchen an einem neuen Opfer zu kühlen.

Zugleich aber regte sich auch inniges Mitleid in ihr mit ihm, als sie in sein schmerzentstelltes Antlitz blickte. Kein Zweifel, er litt sehr. Und wie ungeschickt sie ihm das Bein gelegt hatten! Auch war Fräulein Millers Benehmen ungehörig und gar nicht zu entschuldigen. Wie durfte sie als Untergebene dem Fürsten so begegnen? Wie vergessen, daß er alt und krank war?

Der Fürst hatte inzwischen mehrere Banknoten aus der Brieftasche genommen und sie der Mamsell zugeworfen.

„Da haben Sie Ihren Lohn für zwei Monate. Und nun marsch fort!“, schrie er. „Ich habe keine Lust mehr, mich noch weiter von Ihnen ärgern zu lassen! Hampe, er sorgt mir dafür, daß diese Person in zwei Stunden das Schloß verlassen hat.“

Aber Fräulein Miller schien noch weniger Lust zu haben, gutwillig zu gehen.

„Durchlaucht haben gar kein Recht, mich so Knall und Fall davon zu jagen“, sagte sie impertinent, „die Frau Gräfin haben mich engagiert und ehe die Frau Gräfin mir nicht kündigt —“

„Hinaus!“, schrie der Fürst, den der Zorn von neuem um alle Besinnung brachte, indem er, wie um sich Luft zu machen, nach dem Kaffeetablett griff und es wütend gegen Fräulein Millers Füße schleuderte. „Ich werde Ihnen schon Beine machen!“ — die Aschenschale nahm denselben Weg — „und zeigen, wer Herr im Haus ist! Meine Schwiegertochter hat damit gar nichts zu tun —“

„Das werden wir ja sehen! Ich —“

Da stand plötzlich Do dicht neben ihr und maß sie in flammender Empörung.

„Entfernen Sie sich augenblicklich, Mamsell!“, sagte sie hoheitsvoll und gebieterisch, daß Fräulein Miller sich unwillkürlich duckte und lautlos zur Tür hinausschlich. Do wandte sich an den Kammerdiener und wies auf die Scherben, welche den Boden bedeckten.

„Räumen Sie dies fort und besorgen Sie dann sogleich heißes Wasser aus der Küche. Auch Watte und Billrotbatist. Das kranke Bein Seiner Durchlaucht muß einen Dunstumschlag bekommen, damit die Schmerzen nachlassen. Wir wollen dies dann beide zusammen machen.“

Hampe hatte die Scherben bereits aufgelesen und entfernte sich mit einem scheuen Blick nach seinem Herrn, der sprachlos auf Do starrte.

Sein Zorn schien jäh verraucht. Aber auch Dos Mut, als sie sich nun allein mit dem Kranken sah.

„Verzeihe meine Einmischung, Onkel Ubald“, sagte sie schüchtern, „du wolltest mich sehen, und ich kam dadurch — wohl zur Unzeit — Dann konnte ich es nicht länger mit anhören, wie diese Person —“

„Ich danke dir, daß du mich von ihr befreit hast!“, unterbrach er sie rasch. „Fein hast du das gemacht; —“ Dann flog etwas wie Scham über sein verwittertes Gesicht. „Wirst nun einen schönen Begriff von mir haben!“, brummte er ärgerlich. „Ein alter Mann mit weißen Haaren, der sich durch ein albernes Frauenzimmer so in Zorn reiten läßt —! Aber du hast ja keine Ahnung, wie ungeschickt und boshaft sie war! Sechsmal habe ich Hampe heute schon vergeblich nach ihr geschickt, weil ich das infame Bein von beiden in Decken wickeln lassen wollte. Wärme ist das einzige, was mir ein wenig Erleichterung schafft. Aber immer hieß es, sie habe keine Zeit — natürlich, die müssen ja gerade heute Gäste haben! Und als sie endlich kam, packte sie mich an, wie mit Eisenzangen und als wäre mein Bein von Holz! Hampe hat auch kein Geschick zu solchen Dingen — na, und so kam es eben.“

Do hatte sich bereits neben seinen Lehnstuhl niedergekniet, mit unendlicher Vorsicht ein Kissen unter das kranke Bein geschoben und den Stuhl, auf dem es lag, in bequemere Nähe gerückt.

„Heiße Dunstumschläge sind noch besser als Decken, die durch ihre Schwere nur drücken. Wir machten sie Großpapa immer, wenn die Schmerzen recht arg wurden“, sagte sie, „und er fühlte sich danach stets gleich erleichtert. Nicht wahr, ich darf dir auch solch einen Umschlag anlegen?“

„Wenn dich die Mühe nicht verdrießt — Aber das sage ich dir gleich: ich bin kein geduldiger Kranker! Es schmerzt infernalisch, wenn mir jemand mit ungeschickten Bewegungen das Bein malträtiert, und dann könnte ich vielleicht auch dich ein bißchen wild anfahren —“

„Tu es ruhig, Onkel Ubald, wenn es dich erleichtert! Ich bin es von Großpapa her gewöhnt und weiß, daß du es doch nicht böse meinst. Übrigens will ich mir alle Mühe geben, dir nicht wehe zu tun.“

Hampe erschien mit den gewünschten Dingen und Do machte sich sofort an die Anlegung des Verbandes, wobei sie den Diener nur als Handlanger benützte. Sie arbeitete rasch und geschickt. Ihre kleinen weichen Händchen faßten das Bein so sorgsam, daß der Fürst keine Miene dabei verzog und ihr zuletzt dankbar zunickte.

„Das hast du wirklich famos gemacht, kleine Samariterin! An dir ist ja eine Krankenpflegerin verloren!“

Do runzelte ein wenig die Stirn. Sie dachte an das, was ihr Hertha über die Absichten der Familie anvertraut hatte und erblickte darin eine Anspielung auf den gewünschten Klosterberuf.

„Dazu hätte ich aber gar keine Lust“, sagte sie abweisend. „Es ist etwas ganz anderes, ob man so etwas für Menschen tut, die einem lieb sind oder für Fremde. Das ganze Leben in Krankensälen zu verbringen, stelle ich mir sehr traurig vor — ebenso traurig, wie jedes andere Leben fern von Freiheit und Freude.“

Der Fürst betrachtete sie schmunzelnd.

„Wir sind also sehr lebenslustig — he? Wir möchten das Leben mit vollen Zügen genießen und lieben Lärm und Zerstreuungen?“

„Das gerade nicht. Viel lieber als Lärm und Zerstreuungen wäre mir ein Leben in der Stille mit einem festen Pflichtenkreis, in dem ich die Genugtuung hätte, etwas leisten zu können. Aber es müßten selbsterwählte Pflichten sein, die meinem Wesen entsprächen und nicht aufgezwungene.“

Do begriff selbst nicht, woher sie den Mut nahm, dies so energisch auszusprechen. Nun würde die Freundlichkeit des alten Herrn sich wohl gleich wieder ins Gegenteil verkehren. Denn daß er verstanden hatte, was sie meinte, las sie in seinen lebhaft arbeitenden Zügen.

Zu ihrem Erstaunen sagte der Fürst nach einer kleinen Pause ganz ruhig:

„Nun, das ist ja ein ganz vernünftiges Lebensprogramm, das du dir da zurecht gelegt hast! Ich fürchte nur, du wirst auf Grafenegg wenig Gelegenheit haben, es auszuführen — und noch weniger Verständnis dafür finden bei unseren Damen, die ihren Pflichtenkreis nicht in der Stille suchen, sondern in einem Leben nach außen hin. Es würde dir also nur die Wahl bleiben, mitzutun oder — dich gelegentlich mit mir altem Gichtbrüchigen zu beschäftigen, was ein schlechter Wirkungskreis für deinen Tätigkeitstrieb wäre.“

„Und darf ich dies nicht dennoch?“, fragte Do weich, „darf ich nicht versuchen, dir ein wenig die Zeit zu vertreiben, damit du deine Schmerzen weniger fühlst?“

„Bah, dabei würde dir die Zeit bald lang werden! Ja, wenn ich noch wie früher mit dem Viererzug herumkutschieren oder als Jäger die Wälder durchstreifen könnte, dann würde ich dich wohl Freuden gelehrt haben, von denen zum Beispiel die andern heute gar keine Ahnung haben, die dich aber gewiß entzückt hätten. Auch einen Pflichtenkreis hätte ich dir schaffen können auf Grafenegg, der dich beglückt hätte, wie er meine erste Frau beglückte. Denn du hast was an dir, das mich an sie erinnert — so was Frisch-Fröhliches, das fürs Landleben taugt. Ich habe dir es gleich beim ersten Blick angemerkt. Aber das ist nun alles vorüber hier — seit ich nur mehr ein gichtbrüchiger Greis bin, der von schlimmen Launen gequält ist — und die andern den Karren überhaupt verfahren haben —“

Er starrte trübe vor sich hin. Dann schloß er seufzend.

Do hatte aus allem nur herausgehört, daß der Fürst sich unzufrieden und vereinsamt fühlte. Einem Impuls folgend, schmiegte sie sich plötzlich an ihn und sagte:

„Ich will aber nicht! Nun erst bitte ich dich, laß mich bei dir bleiben, so oft und so lang als meine Gegenwart dir nicht lästig ist. Ich will dich pflegen und suchen, dir die Zeit zu vertreiben, als wärst du mein lieber Papa, den ich nie gekannt habe. Und wenn du mich dafür ein ganz klein wenig lieb gewinnst, dann will ich dir so schrecklich dankbar sein, Onkel Ubald.“

Der Fürst sagte nichts. Nur seine hellen Augen ruhten unverwandt auf Do, und seine Hand streichelte leise die ihre.

Hertha machte große Augen, als sie Do, nachdem sie sie im ganzen Haus vergeblich gesucht hatte, endlich bei ihrem Vater fand.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240409-12/fragment/page=0005

Blatt glaubt, Macdonald habe eine starke und bestimmte Politik, und eine Politik, die bereits einige Ergebnisse erzielt habe. Man steht jetzt am Vorabend entscheidender Ereignisse. In einigen Tagen würden die Berichte der beiden Unterausschüsse der Reparationskommission veröffentlicht werden, auf Grund deren Macdonald sofort zu der Entwicklung seiner Politik übergehen werde. Natürlich werde es ihm vielleicht nicht gelingen, ihre Annahme durch Frankreich, wenigstens nicht sofort, zu erreichen; er werde jedoch eine Politik treiben, die im Interesse des Friedens und der Stabilität Europas und daher unvermeidlich im Interesse Deutschlands liege.

„Was könnte,“ fragt der „Manchester Guardian“, „bedauerlicher sein, als daß Deutschland diesen Augenblick benützte, um sich in reaktionäres Fahrwasser zu stürzen, was ihm unvermeidlich die öffentlichen Sympathien in England und anderen Ländern entfremden würde?“

Die liberale Bewegung in Frankreich würde einen verhängnisvollen Rückschritt erleiden, wenn die französische Regierung auf den Erfolg der deutschen Reaktion verweisen und von neuem an die Furcht und Eifersucht Frankreichs appellieren könnte.

(Uns will es scheinen, daß die Mahnung dieses uns auch im Kriege weniger feindlich gesinnten englischen Blattes in Deutschland allenthalben beachtet werden sollte. Wäre es nicht eine große Sache, wenn sich in Deutschland die politisch tätigen und erfahrenen Persönlichkeiten und Parteien jetzt im Wahlkampf zu einer gewissen gemeinsamen Grundauffassung dem Ausland gegenüber bekennen und dadurch der Einheit des deutschen Volkes dienen würden? D. Schriftl.)

Staat und Wirtschaft.

Staat und Wirtschaft sind miteinander in unzertrennbarer Wechselwirkung verbunden. Staatsform und Wirtschaftsleben sind dagegen weitgehend von einander unabhängig. Die Gestaltung einer wirtschaftlichen Reichseinheit schuf die Grundlagen des deutschen Aufstiegs, des Erfolges des Bismarckschen Erbes. Das Reich an sich, nicht seine monarchistische Gestalt, die Einheit, nicht das dynastische Interesse der 26 Einzelländer — sie gaben die Voraussetzungen für die deutsche volkswirtschaftliche Entwicklung. Auch heute muß die Wirtschaft der Erhaltung der Reichseinheit dienen. Nichts darf sie unversucht lassen, um vor allem diese Vorbedingung ihrer eigenen Existenz sich zu erhalten. Da die Weimarer Verfassung die durch den Zusammenbruch gefährdete Reichseinheit bewahrt hat, da sie gleichzeitig die privatwirtschaftlichen Grundlagen unserer volkswirtschaftlichen Arbeit erhielt, hat die Wirtschaft aus Eigeninteresse die Aufgabe, dem heutigen Staate freudig zu dienen. Wir Demokraten stehen zum heutigen Staat aus innerer Verbundenheit. Die Wirtschaft muß aus Zweckmäßigkeitsgründen zum wenigsten für seine Stärkung sorgen. Festigung der Staatsautorität der demokratischen Republik bedeutet Besserung unserer reparationswirtschaftlichen Lage, Steigerung unseres außenpolitischen Ansehens, Sicherung unserer innenpolitischen Entwicklung und damit unserer wirtschaftlichen Wiederaufbauarbeit, Erhaltung der Reichseinheit. Diese Tatsachen müssen sich die Wirtschaftler vor Augen halten. Wirtschaft und Staat finden sich in diesen Zweckmäßigkeitserwägungen von der Arbeitgeber- wie von der Arbeitnehmerseite her zusammen. Durch die ideelle Verbundenheit des Einzelnen mit dem staatlichen Leben tritt auch ein neuer Gemeinschaftsgedanke in das Wirtschaftleben. Arbeiten bedeutet hier nicht mehr Dienst für sich selbst, für den Betrieb, sondern Arbeiten bedeutet hier vor allem Dienst am Volksganzen. Der Unternehmer steht jetzt vor der Aufgabe, den Betrieb zu erhalten. Er hat die Kräftigung und Gesundung unseres Inlandmarktes und die Öffnung der Auslandsmärkte für unsere Arbeit herbeizuführen. Der Arbeitnehmer steht vor der Pflicht, durch Mitwirkung an der Erreichung höherer Arbeitsleistung bei gleichbleibenden Gestehungskosten die Nutzung unserer Produktionsmöglichkeiten herzustellen, die den breiten Schichten der Arbeitslosen wieder das Einrücken in produktives Arbeiten ermöglichen kann, die der Preissenkung, der Steigerung der Warenmengen, der Steigerungsmöglichkeit der Lohnquote innerhalb der Gestehungskosten, also vor allem der Besserung der sozialen Lage der Minderbemittelten zu dienen vermag. (Aus der Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer-Köln auf dem Weimarer Reichsparteitag der Deutschen demokratischen Partei.)

Kunst — Literatur — Wissenschaft.

§ **Walter Gropius**, der Leiter des Weimarer Bauhauses, schreibt uns: „Allen anders lautenden Nachrichten gegenüber erkläre ich, daß weder von Seiten des preußischen Kultusministeriums, noch von irgend einer anderen Seite Verhandlungen irgendwelcher Art wegen Übernahme einer Referentenstelle in Berlin mit mir stattgefunden haben. Die diesbezüglichen Nachrichten haben mich völlig überrascht.

Handels- und Börsenteil.

Die Tätigkeit der Rentenbank im Monat März.

Gute Geschäftsführung. — Berücksichtigung der Landwirtschaft bei der Kreditgewährung.

Der neue Ausweis der Rentenbank für Ende März läßt erkennen, daß das Darlehen an das Reich unverändert geblieben ist; dem Reiche stehen also noch 100 Millionen verzinslicher Darlehen zur Verfügung.

Aus dem bisher bekannt gewordenen Ausweis der Reichsbank vom 22. März geht hervor, daß die Reichsbank an diesem Tage an Rentenmark-Krediten bereits rund 1,105 Milliarden ausgeliehen hat. Inzwischen sind weitere 100 Millionen durch die Reichsbank abgerufen, so daß etwa 1200 Millionen Rentenmark-Kredite durch die Reichsbank gewährt sind. Die Reichsbank hat sonach erheblich mehr Rentenmark-Kredite gegeben, als sie selbst bei der Rentenbank entnommen hat. Diese Möglichkeit der Mehrausleihung erklärt sich dadurch, daß ein starker Rückfluß der ursprünglich an das Reich gegebenen Rentenmarkbeträge zur Reichsbank erfolgt ist. Darin, daß die Reichsbank und auch die anderen Banken ihre verfügbaren Rentenmarkbestände als wertbeständige Kredite ausgeliehen haben, liegt eine gewisse Kurssicherung für die Rentenmark. Von den der Reichsbank seitens der Rentenbank bisher insgesamt zur Verfügung gestellten 900 Millionen bleiben der Reichsbank noch 100 Millionen, sowie die ursprünglich zur Ingangbringung des Giroverkehrs zur Verfügung gestellten 200 Millionen zum Abruf für Zweck der Kreditgewährung an die Wirtschaft frei. Schließlich ist ein weiterer Spielraum für die Darlehushingabe an die deutsche Wirtschaft insofern vorhanden, als der ganze, der Reichsbank im Bedarfsfalle zuzuführende Rentenmark-Kreditanteil 1,128 Milliarden beträgt.

Die Notenbanken haben das ihnen zugebilligte Kontingent von 72 Millionen Mark inzwischen nahezu voll in Anspruch genommen.

Unter den Passiven erscheinen in dem Ausweis der Rentenbank die umlaufenden Rentenmarkscheine mit einem Betrage von 1785 Millionen (gegen vorher 1579). Der Umlauf hat sich in der Hauptsache durch die seitens der Reichsbank und der Notenbanken in höherem Maße abgerufenen Kredite erhöht.

Wie von maßgebender Seite versichert wird, ist **bei der Begebung der Kredite an Industrie und Landwirtschaft gerade die Landwirtschaft besonders berücksichtigt worden.**

Wie zum Ausweise der Deutschen Rentenbank vom 31. März nachträglich berichtet wird, hat die Reichsbank noch 200 Millionen Mark abgerufen, so daß sich der **an die Reichsbank gegebene Darlehnsbetrag** auf insgesamt **800 Millionen Mark** beläuft.

*

Berliner Devisenmarkt vom 8. April.

Am Berliner Devisenmarkt sind nennenswerte Veränderungen kaum eingetreten. Die Beanspruchung dauert unvermindert an. Die Zuteilungen zeigen dieselbe Stärke wie bisher, nämlich 1 Prozent bei den Haupt- und meisten Nebenvaluten. Von den Kursen haben nur einige kleinere Verschiebungen erfahren.

Zu den Kursveränderungen ist zu erwähnen, daß Auszahlung Zürich etwas fester, Auszahlung Prag etwas schwächer liegt. Soweit die Meldungen über die Bewegung der Mark im Ausland erkennen lassen, liegt die Mark etwas erholt. Im besetzten Gebiet wurde das Pfund mit 20,15—20,25 gehandelt.

Berliner Börse vom 8. April.

Alle Momente, welche für die Beurteilung der gegenwärtigen Börsentendenz in Frage kommen, treten zurück hinter dem immer kritischer werdenden Geld- und Kreditproblem. Die heutigen, stellenweise katastrophalen Kursrückgänge lassen das mit genügender Deutlichkeit erkennen. Die notorisch gewordene Kapitalnot, welche durch die scharfen Kreditmaßnahmen der Reichsbank noch eine besondere Note erhält, zwingt zu Finanzierungsverkäufen und tritt namentlich dort in Erscheinung, wo die Industrie als Abgeber im Markt ist. Darüber hinaus entfällt ein beträchtlicher Teil des Angebots aber auch auf solche Verkäufe, hinter denen der Zwang zur Sanierung steht. Was bereits gestern auf verschiedenen Gebieten zu beobachten war, scheint heute fortgedauert zu haben: Zwangsverkäufe für Firmen, welche mit Einschüssen auf Devotlombard im Rückstand sind sowie Verkäufe von Banken und Maklern zwecks Flüssigmachung eigener Mittel, wobei der Zustand der „augenblicklichen“ Zahlungsstockung typisch geworden ist. Alle diese Motive des Angebots, die natürlich auch noch in den verschiedensten anderen Variationen auftreten, entspringen der krisenhaften Zuspitzung im Geld- und Kapitalmangel sowie der damit verbundenen schwierigen Situation des Bankgewerbes.

Leipziger Börse vom 8. April.

Auf der heutigen Börse setzte sich die schwache Tendenz des Vortages weiter fort, so daß die Kurseinbußen teilweise noch größeren Umfang aufwiesen. Verstimmend wirkte neben den übrigen weiter bestehenden Momenten besonders der soeben bekannt gewordene Reichsbankausweis, der ein durchaus unerfreuliches Anschwellen der Wechselkonten und eine weitere Zunahme des Notenumlaufs verzeichnet. Das Geschäft war eher etwas umfangreicher als gestern.

Leipziger Produktenbörse vom 8. April.

Weizen inländ. 168—176; Roggen inländ. 146—154; Gerste, Sommer, inländ. 190—200; do. Wintergerste 170—180; Hafer inländ. 144 bis 154; Mais amerikanischer 210—225; Raps 280—300.

Die Preise verstehen sich für 1000 Kilo für Ware, promt Parität frachtfrei Leipzig in Gold-Mark, 4,20 G.-M. = 1 Dollar der Goldanleihe.

Berliner Produktenbörse vom 8. April.

Weizen, märkischer 169—175; Roggen, märkischer 135—141; Gerste 170—190; Hafer, märkischer 124—131; Weizenmehl 25—27; Roggenmehl 21—23,25; Weizenkleie 10,70—10,80; Roggenkleie 8,70; Leinsaat 410—415; Raps 310—315; Viktoriaerbsen 27—29; kleine Speiseerbsen 16—17; Futtererbsen 13,50—14; Peluschken 12,50—14; Ackerbohnen 16 bis 18; Wicken 12—14; blaue Lupinen 12,50—13,50, gelbe Lupinen 16—17; Serradella 12—14; Rapskuchen 11,60; Leinkuchen 22—23; Trockenschnitzel 9,70—9,80; Zuckerschnitzel 17—22; Torfmelasse 8,40 bis 8,60; Kartoffelflocken 20—20,20; Kartoffeln 22,30.

Heu und Stroh.

Im amtlichen Verkehr der Berliner Produktenbörse wurden gestern folgende Preise notiert: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 0,90—1,10; Haferstroh, drahtgepreßt 0,70—0,90; Heu gutes 1,80—2,00; do. handelsüblich 1,20—1,40; do. Milizheu —,—; Kleeheu, lose 2,50 bis 2,90. Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab märkischen Stationen, frei Waggon, für den Berliner Markt für 50 Kg. in Goldmark.

Magdeburger Viehmarkt vom 8. April.

Auftrieb: 837 Rinder, 152 Ochsen, 237 Bullen, 412 Färsen, 156 Fresser, 772 Kälber, 570 Schafe, 3290 Schweine. Es notierten Ochsen 1: 44—50; 2: 38—36—38; 3: 32—37; 4: 25—30; Bullen 1: 38 bis 43; 2: 34—37; 3: 30—37 3: 30—33, Färsen und Kühe 1: 45—50; 2: 38—45; 3: 30—37; 4: 21—28; 5: 15—20; Fresser 30—40; Kälber 2: 60—70; 3: 52—60; 4: 43—50; 3: 34—42; Schafe 1: 45—50; 2: 35—44; 3: 32—30; Schweine 1: 60—62; 2: 60—62; 3: 57—60; 4: 53—56; 5: 46—52; 6: 68—56. — Marktverlauf schleppend. — Ueberstand: 60 Rinder, 300 Schweine.

Bezugspreise des Kleinhandels

festgestellt von der amtlichen Lebensmittel-Notierungskommission am Dienstag, den 8. April 1924, nachmittags 3 Uhr.

Die Preise verstehen sich für 50 Kilogramm in Goldmark, frei Bahn oder Haus Halle, in Originalpackungen, mittlere Qualitäten, im Auspack erhöhen sich die Preise um 6 Prozent.

Mühlenfabrikate: Gerstengraupen, lose 16,75 Haferflocken mittel, 17,50, Weizengries, Mittel 18,50, Kartoffelmehr 18,50, Schnittnudeln im Papiersack 22,—, Makkaroni aus Hartgries, lose 39.—.

Hülsenfrüchte: Bohnen, ungar., Mittel- 28,75, Viktoria-Erbsen I 19,—, Viktoria-Erbsen II 17,25, Linsen, russ. Mittel- 34.—, Linsen, russ., große, Heller- 42.—.

Reis: Burma II 18,50 Bruch, grob 15,50.

Früchte: Corinthen 70.—, Sultaninen, extriß. Carab. 82,—, Sultaninen, kiup Carab. 86, Pflaumen, bosn. 110/120er in Kisten 40.—, Pflaumen, frank. in Säcken 32.—, Ringäpfel, prima evap. 95.—, Mandeln, süße, ausgewogen 144.—, Mandeln, bittere, ausgewogen 134.—.

Gewürze: Pfeffer, schwarz 101.—, Pfeffer, weiß, Muntok 138.—, Piment, Jam 77.—, Kümmel, holl. 142.—, Caneel ganz 220.—, Zimt, gem. 123.—.

Kaffee: Guatemala, prima, roh 252.—, Guatemala, prima geröstet 330.—, prima Santos, roh 205.—, prima Santos geröstet 265.—, hochf. Costa Rica, roh 290.—, Gerste gebrannt, lose 18.—.

Tee: Souchong, lose in Kisten 316.—, Ceylon, lose in Kisten 458.—

Verschiedenes: Speiseöl in 15 Kilo-Kannen 65.—, Schmalz amerik. 68,50, Zucker, inländ., Mehlis 41,—, Kunsthonig 42.—, Cornedbeef p. Kiste = 12 Dosen à 6 Pfund engl. 89.—.

Heringe: Deutsche sortiert, 7/750er in ¹/₁ Tonnen 62.—, Norweger 7/800er in ¹/₁ Tonnen 26,50, Holländer, sortiert 7/800er in ¹/₁ Tonnen 62.—, Schottische Winterfang-Fulls ca. 750er in ¹/₁ Tonnen 53.—, Schottische Winterfang-Matfulls ca. 750er in ¹/₁ To. 52.—.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240409-12/fragment/page=0006

Der Kampf um Ordnung und Einheit.

Rede des demokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Schreiber.

Das öffentliche politische Leben steht gegenwärtig unter dem Eindruck der kommenden Reichstagswahlen. Auf Grund des Wahlergebnisses soll eine Regierung gebildet werden, die wiederum für die Zeit von 4 Jahren die Geschicke des Reiches in die Hand nehmen und das, was trotz der Wirtschaftskrise dennoch geschaffen ist, weiter festigen und ausbauen soll. Das grandiose Werk der Rentenmark darf durch die kommenden Regierungsparteien nicht gefährdet werden. Die heutige Wahlverhetzung der extremen Parteien gibt zu einer derartigen Vermutung leider einen nicht zu unberechtigten Grund. Um einer solchen Gefahr vorzubeugen, ist es daher unbedingt notwendig, daß wir uns über unsere heutige äußerst kritische Lage absolute Klarheit verschaffen und uns gewiß werden, was zu tun und wer allein dazu berufen ist. Nur denen, die bereits Fähigkeit gezeigt haben, können wir zustimmen. Denen aber, die nur mit Straßenphrasen und hohlem Schlagwortdonner prunken, muß das Recht auf Führung versagt werden.

Diesem großen Ziele diente eine öffentliche Versammlung, die die Deutsche demokratische Partei im Casino gestern veranstaltete und zu der der bekannte und bewährte Landtagsabgeordnete Dr. Schreiber als Redner gewonnen war. Mit einer kurzen Ansprache eröffnete der Versammlungsleiter, Regierungslandmesser Meincke, den Abend und bemerkte, daß die Stadtverordnetenwahlen wahrscheinlich doch am 4. Mai stattfinden würden, und daß man sich über die Liste werde verständigen müssen. Darauf erteilte er dem Redner das Wort.

Ruhr und Verständigung.

Für die gegenwärtige Lage unserer Politik ist der verlorene Ruhrkampf, so begann er, wesentlich bestimmend. Bis zu seinem Eintritt ist in Deutschland von den Regierungen eine Erfüllungspolitik versucht worden, die uns durch Erfüllung der Verpflichtungen, die uns die Feinde auferlegt haben, unsere Freiheit wiedergeben sollte. Sie ging dazu von der weiteren Auffassung aus, daß, da wir machtlos geworden sind, durch die Erfüllung des Versailler Vertrages versuchen müßten, Zeit zu gewinnen, um die Deutschland so ungünstige Stimmung der Welt günstiger zu gestalten, und ferner durch Bekundung des guten Willens der Welt davon zu überzeugen, daß die Forderungen, die man dem deutschen Volke gestellt hat, trotz bester Absichten nicht erfüllt werden können. Diese sog. Erfüllungspolitik hat einen Enderfolg nicht gehabt. Sie hat manche Fortschritte auf dem Gebiet der Außenpolitik gebracht, aber sie hat die Besetzung des Ruhrgebietes nicht verhindern können. Mit der Besetzung des Ruhrgebietes hat die deutsche auswärtige Politik den Weg der Erfüllungspolitik verlassen und die Politik des Widerstandes eingeschlagen. Diese Politik war schon vor dem Ruhreinbruch von den oppositionellen Parteien der Rechten empfohlen worden mit der Meinung, daß man überhaupt erst gar nicht den Versuch machen sollte, Lasten zu übernehmen. Wenn wir den passiven Widerstand stets als ein bewundernswertes Zeichen deutscher Geschlossenheit auch weiterhin ansehen werden, so dürfen wir trotzdem nicht vergessen, daß diese Politik nicht nur keinen Erfolg, sondern darüber hinaus zu einem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch geführt hat. Dadurch, daß wir diesen Kampf an der Ruhr finanzieren mußten, sind wir ruiniert worden, dadurch ist die wichtige Kulturschicht des Mittelstandes so schwer geschädigt worden. Noch heute müssen 2 Millionen Erwerbslose feiern.

Diese Erscheinungen sind die natürlichen Folgen des verlorenen Ruhrkampfes. Weil dies so ist, hat keine politische Partei, die diesem Kampf zugestimmt hat, das Recht, die Verantwortung an den Folgen des Ruhreinbruchs abzulehnen. **Jeder, der sich zum Ruhrkampf bekannt hat, muß sich auch zur deutschen Not bekennen.** Wären rechtzeitig Vorschläge gemacht und reichliche Mittel zur Finanzierung des Ruhrkampfes zur Verfügung gestellt worden, so wäre der Ausgang vielleicht ein anderer geworden. Aber gerade die Parteien, die den Ruhrkampf so befürwortet haben, sind auf dem Gebiete der Steuererfassung, immer ganz besonders „zurückhaltend" gewesen.

Zur Zeit können wir in einem deutschen Staate sehen, wie die Deutschnationalen, wenn sie in die Regierung gelangt sind, ihre Pflicht tun. In Bayern, wo die Deutschnationalen und die Völkischen tätig sind, ist zur Zeit das am jammervollsten regierte Land in fast ganz Europa. Die Partei, die sonst immer von der Autorität und der Staatsordnung gesprochen hat, hat durch ihr Regiment gerade der Staatshoheit den allergrößten Abbruch getan. In England sei die Opposition positiv. In Deutschland sei sie aber nur schädlich und rein parteiisch eingestellt. Dazu gäbe sie ferner nicht einmal praktische Wege an, wie eine Besserung zu ermöglichen wäre. Wenn sie wirklich einen besseren Weg wüßten, dann wäre es verbrecherisch, wenn sie uns den nicht zeigen wollen. Helfferichs Vertröstung, daß man dies nach den Wahlen sehen werde, war nur eine Bloßstellung seinerseits. Das große Plus der jetzigen Regierung sei die neue Währung. Wenn er wirklich der Vater der Rentenmark gewesen wäre, was als völlig falsche Behauptung erwiesen ist, dann sei dies ja gerade der beste Beweis, daß wir geneigt sind, ihre Vorschläge zu beachten.

Vor allem dürfen wir uns jetzt nicht der Tatsache verschließen, daß das Ergebnis des Ruhrkampfes auch heute noch die allerschwersten Gefahren für uns in sich birgt. Manche Seiten glauben den Dingen an der Ruhr heute nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit schenken zu müssen. **Unser wirtschaftliches Schicksal hängt aber sehr von der Entwicklung an der Ruhr in den nächsten Tagen ab.** Wir müssen bedenken, daß Deutschland aus dem Ruhrgebiet seit über einem Jahre keine Einnahmen mehr zufließen. Gerade in das Gebiet, aus dem früher ein sehr wesentlicher Teil der Steuern floß, müssen wir noch Geld hinsenden in der Form von Erwerbslosenunterstützungen. Dazu kommt noch, daß die Franzosen im Besitze der westlichen Zollgrenze sind und auch zwischen unbesetztem und besetztem Gebiet Zollschranken errichtet haben. Die erzielten Einnahmen stecken sie außerdem in ihre Taschen. Durch die Errichtung der Zollsperren werde nicht nur das Unternehmen in Deutschland geschädigt, sondern alle Arbeitnehmer haben in gleichem Maße darunter zu leiden. Auch dadurch, daß das Ruhrgebiet dem deutschen Eisenbahnnetz entzogen ist, entstehen den Finanzen Nachteile, die unser Eisenbahnbilanz schwer belasten. Von diesen Tatsachen wird jede Partei, die an der Regierungsbildung teilnehmen will, auf das engste berührt werden.

In enger Verbindung hiermit stehen die sogenannten **Micum-Verträge.** Als Walter Rathenau im Jahre 1922 sein Wiesbadener Abkommen mit den Feinden schloß, wonach anstatt der 3 Milliarden im Jahre nur 750 Millionen Gold zu zahlen waren und dazu im Werte von 1 Milliarde Goldmark Warenlieferungen, da begehrten die Stinnes und die Deutschnationalen auf, wer so einen solch „unerhörten" Vertrag hätte abschließen können. Heute haben wir erleben müssen, daß solche Worte nicht am Platze waren. Dieselben Industriellen, die einst so hochgemute Worte im Munde führten, sind nach dem Abbruch selbst zu den Feinden gelaufen, und haben eigenmächtig Verträge auf sich genommen, die noch viel härter seien. Rathenau hatte klar voraus gesehen, daß die Sachlieferungen uns aus Furcht vor der Überschwemmung mit deutschen Waren gar nicht restlos abgenommen würden. So haben denn auch die Franzosen nur bis 100 Millionen Sachlieferungen abgerufen.

Um diese Micum-Verträge, um deren Abbau und Erneuerung geht es jetzt in diesen Tagen. Wenn es nicht zu einem Ausgleich kommt, so besteht die schwere Gefahr für uns, daß die Franzosen ihre alte Methode der Bedrückungen wieder aufnehmen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, welche neue Gefahr für unsere Brüder an der Ruhr besteht. Wir wollen unsere stabile Währung erhalten. Das können wir aber nicht, wenn wir neue Lasten auf uns nehmen. Außerdem müßten wir uns vorstellen, daß die Regierung wieder dazu kommen könnte, zu sagen, wir können auch nicht helfen, dann würde der Separatismus, der jetzt glücklich niedergekämpft ist, wieder aufleben und könnte für sich das Rest in Anspruch nehmen, Deutschland des Verrates an seinen eigenen Brüdern und Söhnen zu bezichtigen. Das ist eine große Gefahr für die deutsche Einheit und den Bestand des Reiches.

Dieser Gefahr müssen wir begegnen. Zur Zeit haben wir kein anderes Mittel als die Verständigung. Es ist begreiflich, daß der Glaube an einen vernünftigen Ausgleich im deutschen Volke geschwunden ist. Wir müssen aber trotzdem unseren guten Willen mit aller Deutlichkeit hervorkehren, um der Welt zu zeigen, daß wir für die europäische Krisis nicht verantwortlich sind. Eine volle befriedigende Lösung werde ein solcher Weg nicht bringen, aber er kann uns doch wesentliche Erleichterungen geben. Niemand kann leugnen, daß die Stimmung in der Welt für uns bedeutend besser geworden ist.

Eine ungeheure Verantwortung nehmen die auf sich, die glauben, ihren Unmut über unsere Lage in rigoroser Weise bei den kommenden **Wahlen zum Ausdruck bringen zu müssen. Gerade dadurch arbeite das deutsche Volk Poincaré einen großen Wahlsieg in die Hände, und befreie Frankreich von dem Zwang, selbst eine Verständigung herbeiführen zu müssen.**

Eine kleine Besserung ist bereits in unserer Außenpolitik eingetreten. Denn das geschäftlich denkende Amerika hat sich nach langen Jahren zum ersten Mal ernstlich mit europäischen Angelegenheiten beschäftigt. Es nimmt an den Verhandlungen der Reparationskommission nur teil, weil es sich davon einen rein materiellen Erfolg verspricht. Auch die englische Regierung muß aus politischen und nationalen Gründen auf eine klare Lösung drängen.

Wir können aber außenpolitisch nur Erfolg haben, wenn wir innenpolitisch stark und einig sind. Statt dessen ist man besonders in Bayern an der Arbeit, diese Einheit zu Gunsten einzelner Gruppen zu zerbrechen. Man fordert dort das Recht auf die Stammeseigentümlichkeit, die aber gerade aus der Eigensucht der Monarchie entstanden ist. Der Vorkämpfer für die nationale Erstarkung in Deutschland, Freiherr v. Stein, hat hier das treffende Wort von dem „gott- und rechtlosen Souveränitätsdünkel der Fürsten" geprägt.

Mit dem törichten Schlachtgesang gegen den Marxismus treibe man einen weiteren Keil in das deutsche Volk. Wenn man gegen den Marxismus den Gedanken der Wehrhaftigkeit ausspielt, so darf er nicht einseitig aufgefaßt werden, sondern er muß der Gedanke des ganzen Volkes werden, wenn er überhaupt einen praktischen Erfolg haben will. Auch darf man nicht gegen die verfassungsmäßig zu Recht bestehende Republik hetzen, und die Monarchie als Rettung begrüßen, wenn man auf der anderen Seite für die Angoratürken eintritt, die gerade aus nationalen Erwägungen heraus den Sultan verjagt und sich eine republikanische Verfassung gegeben haben.

Dr. Schreiber brachte dann die erste Tatsache zum Ausdruck, daß ja der Marxismus absolutgar nicht die Bedeutung habe, die man ihm beimesse. Gerade die Sozialdemokratie haben bei ihren Programmforderungen große Konzessionen machen müssen. Diesen ehrlichen Willen müsse man achten, und nicht ausnutzen. Weiter geht er darauf ein, daß die Sozialdemokratie die Demokratie immer noch aus der Ferne betrachtet. In der Demokratie drücke sich nicht der Gedanke der Gleichförmigkeit aus. Sie will gerade die freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit, denn diese stelle erst den größten Antrieb im wirtschaftlichen Leben, dar.

All diese Erwägungen müssen uns bei den Wahlen leiten. Die Entscheidung muß hier klar und besonnen getroffen werden. Denn bei den Wahlen kommt es darauf an, daß weiterhin schnell eine starke Regierung gebildet werden kann. Die Wahlen in Bayern und in Mecklenburg können eine regierungsfähige Mehrheit für die Dauer nicht ergeben. Hierzu wäre es weiter angebracht, wenn wir uns doch einmal die furchtbaren Erinnerungen aus der Inflationszeit wieder wach rufen würden. Soll die mühsam erkämpfte Währungsstabilität sich weiter erhalten, dann muß im Lande wieder Ordnung herrschen.

Auf Grund zahlreicher Belege aus der Geschichte betonte Dr. Schreiber, daß die Demokratie sich ihrer Tradition wahrlich nicht zu schämen brauche. Unser Fehler war, daß wir monarchisch erzogen wurden und nicht national.

Neben der nationalen Frage bildet die soziale Frage den Eckpfeiler der deutschen Demokratie. Wir wollen keine Wirtschaftsuntertanen, sondern wir wollen Mitarbeiter.

Die Deutsche demokratische Partei kann mit Recht den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, in ihren Reihen Männer zu haben, die vollauf ihre Pflicht getan haben. **Rathenau, Geßler, Oeser und Schacht haben durch ihre praktische Arbeit unzweideutig bewiesen, daß** sie große Fähigkeit und großes Können besitzen.

Dr. Schreiber schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten:

Wir werden auch in Zukunft nüchtern und verantwortungsbewußt weiter unsere Pflicht tun, weil wir überzeugt sind, daß über die Stürme des Tages hinaus, die Stimmen wieder gehört werden, die auch in der großen Not mit heißem Herzen gerungen haben für

Deutschlands Erneuerung!

Als erster und einziger Debatteredner nahm darauf der **Provinziallandtagsabgeordnete Brückner-Erfurt das Wort.** Er ließ seine Phrasenmaschine gar fürchterlich donnern. **Auch er** gefiel sich — getreu den Direktiven der Parteileitung — **in der jetzt** sehr beliebten Interpretationskunst des Ammenmärchens von der Helfferichschen Rentenmark-Vaterschaft. Seine Rede hatte leider keine einzige sachliche Grundlage. Dafür war sie reich an seltsamsten Widersprüchen. Er forderte u. a. die Aufhebung des Ministeriums der besetzten Gebiete, hatte hier aber das seltene Pech, hören zu müssen, daß diese Einrichtung schon längst nicht mehr besteht. Ein noch fataleres Pech wurde ihm zuteil, als er bei dem Verlangen der Stundung der Holzgelder für die Vorzeit gerade in dem Redner, den Mann vor sich sehen mußte, der im Landtag dafür als Erster eingetreten war — und auf dessen Einwirken auch eine Änderung vorgenommen wurde. Am Schluß der Versammlung nahm er auch seine gegen Minister Severing gerichteten Schmähungen vor Zeugen zurück. Dem Deutschnationalen war anscheinend der falsche Diskussionsführer in die Hände geraten, denn er trat mit seinen Angriffen mehr für deren Feinde, die Nationalsozialisten, ein, als für seine Freunde, die Deutschnationalen.

Für einen geordneten Wahlkampf ist es unbedingt hemmend, wenn mit einer solchen Engstirnigkeit Tatsachenverdrehungen vorgenommen werden, die den Gedanken und die Hoffnung auf einen wirklichen schätzenswerten Gegner leider nicht aufkommen lassen. —tz.

Turnen — Spiel — Sport.

Leichtathletik.

Bei strahlendem Frühlingswetter hatte der Sportverein 1899 am vergangenen Sontag seinen diesjährigen Frühjahrs-Geländelauf. Leider waren die Senioren meist am Lauf verhindert, um so erfreulicher die Beteiligung der Jugend und Knaben. Nachstehend die Sieger der einzelnen Gruppen:

Buchholz lief in der Altersklasse vor Zyliax als 1. durchs Ziel.

In der Jugendmannschaft Jahrgang 06/07 wurde der vielversprechende Haferburg 1. Sieger.

Schulz I wurde 1. im Jahrgang 08/09.

Steigermann lief, noch in erfreulicher Frische, seinen Sieg in der Knabenklasse nach Raun.

In der Gruppe der Fußballer lief als Einziger der großen Fußball-Abteilung der Jugendliche Knabe und konnte sich in der straffen Läufergruppe Jugend der Leichtathleten bis zum Endpunkt überraschend gut behaupten.

B.-B. Germania.

Infolge Absage von Sp.-V. 98 hatte sich Germania noch um ein anderes Spiel bemüht und bekam in letzter Minute die Zusage von Sportv. Teuchern. Germania konnte nicht mehr alle Leute benachrichtigen, sodaß nur 6 Mann der ersten Mannschaft zur Stelle waren. Nun mußten 5 Mann aus der zweiten Mannschaft, die schon ein Spiel hinter sich hatten, einspringen. Das Spiel ging dadurch 0:2 verloren.

Germania II konnte gegen die Schupo einen knappen Sieg von 4:3 erringen. Germania III spielte gegen Sp.-V. V unentschieden 1:1.

Spielvereinigung Neumark.

Zu dem letzten Verbandsspiel Neumark I gegen Eintracht I traten die Eintrachtler nicht an und schenkten so Neumark die Punkte. Neumark hält nunmehr mit gleicher Punktzahl mit Olympia-Halle den zweiten Tabellenplatz, hat sich also als Neuling in der I b-Klasse sehr gut eingeführt.

Neum. III—Gr.-Kayna II 2:2.

Die 1. Jgd. weilte in Halle bei V. f. L. 96 1. Jugend und verlor ohne ihren besten Mann 3:0.

Mehr wie zu jeder andern Zeit, wird zur Konfirmation und zu Ostern die Wahl eines passenden Geschenkes erwogen, daher dürfte es viele unserer Leser interessieren, aus dem in heutiger Nummer zum Abdruck gebrachten Inserat der Firma **Anton J. Benjamin, Leipzig/Hamburg** einen entsprechenden Hinweis zu erhalten. Es handelt sich um die Sammlung „Musikalische Edelsteine" für Klavier, resp. Klavier und Gesang, von der bis heute 9 Bände erschienen sind. Jeder dieser 9 Bände enthält 40 bis 60 Klavierstücke, Lieder usw., bei deren Auswahl der ernsten Musik, wie auch der heiteren Muse Rechnung getragen ist und eignet sich diese Sammlung durch die gefällige Ausstattung, durch den geringen Preis usw. außerordentlich zu Geschenkzwecken. Schon 5 Einzelnummern kosten durchschnittlich soviel wie hier der ganze Band mit 40, 50 oder mehr Nummern, abgesehen davon, daß mit Ankauf gleichzeitig ein Prachtband, eine Zierde für jedes Haus, in welchem Musik getrieben wird, erworben wird. Jeder der 9 Bände ist für sich abgeschlossen sofort lieferbar und wird einzeln abgegeben.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 14 — Mittwoch, den 9. April — 1924

21] **Grundsteuer, Kanalgebühren und Hauszinssteuer ab 1. April 1924.**

Die städtischen Körperschaften haben am 24./25. März 1924 — V. 7104/23 — beschlossen, an Grundsteuer vom 1. April 1924 ab zu erheben:

150 % Zuschläge zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen, sowie für unbebaute Grundstücke, vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Ministers, einen Mehrzuschlag von 100 %. Die Genehmigung zur Erhebung des Mehrzuschlages steht noch aus.

Die Steuerpflichtigen werden hierdurch aufgefordert, bis zum 15. jeden Monats, **für April vom 14. bis 23. April 1924,** an unsere Steuerkasse zu zahlen oder bargeldlos zu überweisen:

1. die staatliche Steuer vom Grundvermögen in bisheriger Höhe;
2. 150 % Gemeindezuschläge zur Steuer vom Grundvermögen;
3. 50 % Zuschläge zur Steuer vom Grundvermögen als Kanalbenutzungsgebühren; dies entspricht 10 Pfennig für je 1000 ℳ Wert für bebaute Grundstücke;
4. als Hauszinssteuer nach der Preußischen Steuer-Notverordnung vom 1. 4. 1924 (Preußische Gesetzsammlung Seite 191) den 4fachen Betrag der staatlichen Steuer vom Grundvermögen für bebaute Grundstücke. Von der Hauszinssteuer sind die nach dem 1. 7. 1918 bezugsfertig gewordenen Neubauten und alle bebauten Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, befreit.

Letzter Zahlungstag für April ist der 23. April 1924. Die Schonfrist beträgt eine Woche. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Verzugszuschlag von 5 % für jeden angefangenen halben Monat neben den Mahngebühren zu zahlen. Den Steuerpflichtigen gehen noch vor dem 14. April 1924 Aufstellungen über die zu zahlenden Beträge zu. Diese Zettel sind bei der Zahlung in der Steuerkasse vorzulegen. Endgültige Heranziehungsverfügungen für das Steuerjahr 1924 werden später zugestellt.

Merseburg, den 9. April 1924. V. 121/24.

Der Magistrat.

20] **Betrifft: Hundesteuer 1924.**

Gemäß § 65 des K.A.G. wird die Hundesteuerheberolle für das Steuerjahr 1924 vom 10. April bis einschließlich 23. April 1924 in unserer Stadtsteuerkasse zur Einsicht für die Steuerpflichtigen ausgelegt. Etwaige Einsprüche sind binnen vier Wochen nach Auslegungsschluß beim Magistrat anzubringen.

Die Steuer ist am 15. des zweiten Monats eines jeden Vierteljahres fällig und in den üblichen Teilbeträgen an die Stadtsteuerkasse abzuführen. Nach Ablauf der 8tägigen Schonfrist wird bei verspäteter Zahlung für jeden angefangenen halben Monat ein Verzugszuschlag in Höhe von 5 Prozent des Rückstandes erhoben.

Merseburg, den 5. April 1924. V. 96/24.

Der Magistrat.

22] **Voranmeldung auf die Gewerbeertragssteuer-Vorauszahlungen.**

Bei Zahlung der Vorausleistungen auf die Gewerbeertragssteuer haben die Steuerpflichtigen gemäß Artikel 8 Ziffer 6 der ministeriellen Richtlinien vom 31. März 1924 eine Voranmeldung an die Stadtsteuerkasse einzureichen.

Bei nicht rechtzeitiger Abgabe der Voranmeldung oder nicht rechtzeitiger Zahlung erfolgt Festsetzung der Steuerschuld durch den Gewerbesteuerausschuß nach freiem Ermessen; auch kann bei nicht rechtzeitiger Abgabe der Voranmeldung auf Grund des § 170 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Vorauszahlung erhoben werden.

Für Vorauszahlungen, die nicht pünktlich entrichtet sind, wird ein Verzugszuschlag von 5 v. H. des Rückstandes für jeden angefangenen halben Monat des Verzuges erhoben. Der Zuschlag ist gleichzeitig mit der Vorauszahlung zu entrichten. Im Falle der Zwangsvollstreckung entstehen weitere Kosten (bis zu 10 v. H. des Rückstandes).

Vordrucke für die Voranmeldungen werden vom 11. April 1924 ab in unserem Stadtsteueramt, Burgstraße 1, gegen Zahlung der Selbstkosten von 10 Pfennig für je 3 Stück ausgegeben.

Merseburg, den 9. April 1924. V. 142/24.

Der Magistrat.

19] **Die Kanalbenutzungsgebühr**

für das Rechnungsjahr 1924 beträgt für je 1000 ℳ Wert eines Grundstücks monatlich 0,10 ℳ.

Merseburg, den 7. April 1924. VII. 2076/23.

Der Magistrat.

Straßenreinigung.

Den Grundstückseigentümern wird in Erinnerung gebracht, daß sie gemäß Punkt 1 bis 3 der Straßen-Polizei-Ordnung vom 22. Juli 1878 verpflichtet sind, bei trockener Witterung die Straße vor dem Kehren jedesmal mit reinem Wasser zu sprengen.

Zuwiderhandlungen werden unnachsichtlich bestraft.

Merseburg, den 1. April 1924. P. I 10/24.

Die Polizeiverwaltung.

Rechnungseinreichung für Lieferungen an die Stadt.

Diejenigen Unternehmer und Lieferer, welche im Auftrage der städtischen Verwaltung und Anstalten Arbeiten und Lieferungen ausgeführt und bisher Rechnungen noch nicht eingereicht haben, werden ersucht, diese bis spätestens 15. April d. Js. bei uns vorzulegen.

Merseburg, den 7. April 1924. X. 3/24.

Der Magistrat.

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240409-12/fragment/page=0007

Volkswirtschaftliches.

Berliner Börse vom 8. April 1924.

Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg, Markt 31.

Hapag	26,6	Görlitzer Waggon	4,50	**Freiverkehr.**	
Hansa Dampf.	10,20	Gothaer Waggon	2,8	Chem. Zeitz	7,75
Nordd. Lloyd	5,4	Hackethal	2,1	Teichgräber	2,50
Ver. Elbeschiff.	3,40	Hirsch Kupfer	31	Becker Stahl	8,—
Commerzbank	4,75	Höchster Farbwerke	12,6	do. Kohle	8,25
Deutsche Bank	8,80	Ilse Bergbau	22,6	Grade Motoren	1,75
Darmst. u. Nationalb.	8,1	Köln Rottweiler	7,75	Ufa	5,75
Dresdner Bank	5.—	Nordd. Wolle	46,—	Kali Krügershall	6,75
Leipz. Credit (Adca)	2,1	Rütgerswerke	13,0	Diamond shares	18,50
Wiener Bank	0,4	Rückforth Sprit	1,4	Dt. Wald u. Holz	0,25
A. E.-G.	9,25	Rhein-Sprengstoff	6,1	Berlin-Halberstädter	0,45
Agfa	12,25	Sarotti	1,8	Lindner Auto	—
Badische Anilin	15,5	Schwartzkopf Masch.	12,25	Stahlwerk Krone	1,5
Daimler Motoren	4,0	Stöhr Kammgarn	72,—		
Deutsche Maschinen	7,4	Tecklenborg Schiff.	13,50		
Deutsche Kabel	1,6	Tritonwerke	3,5		
Dynamit Nobel	6,50	Wernshausen Kammg.	10,—		
Elektra Dresden	—	Zwickauer Masch.	2,2		
Fahlberg List	5,6				

(Alles in Billionen Prozent.)

Leipziger Börse vom 8. April 1924.

Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg, Markt 31.

Mansfeld	8,30	Glauzig Zucker	16,6	Thüring. Gas	7,4
Hartmann S. Masch.	5,40	Rositz Zucker	34,0	**Freiverkehr.**	
Kirchner u. Co.	20.—	Chromo Najork	1,8	Altenburg. Glas	12,5
Sondermann u. Stier	1.20	Cröllwitz Papier	9 5	Bauchwitz Pscherer	0,55
Wotan Werke	4,2	Altenburger Landkraft	1,2	Dermatoidwerke	4,05
Falkensteiner Gard.	8,25	Hetzer Weimar	1.1	Kammg. Silberstraße	2,60
Kammgarn Gautzsch	7,5	Hupfeld	3,8	Leutke Piano	1.40
Tertilose Claviez	2,40	Kunst Groß	2,5	Polack Gummi	1,90
Tränkner u. Würker	8,—	Ldkr. Leipz. (Kultw.)	6,5	Samsonia	0,12
Leipzig Riebeck	8,25	J. C. Richter	2.90	Seag	—
Wurzen K. (Krietzsch)	2,5	Fritz Schulz jr.	20,25		

(Alles in Billionen Prozent.)

Hallesche Börse vom 8. April 1924.

Kursnotierungen der Halleschen Bankfirmen.

Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg, Markt 31.

Bank- u. Versich. Akt.		Eilenb. Katt.-Manuf.	26	**Im Freiverkehr genannte Kurse.**	
Hallescher Bankverein	2	Eisenwerk Brünner	1,7	„Api" (Petrol.-Ind.)	6,5
Hall. Effkt. u. Wechs.	0,84	Zimmermann u. Co.	—	Bankverein Artern	1,8
Gewerbe- u. Handelsb	0,40	do. Vorzugs-Aktien	—	Bernburg Saalmühlen	1,8
Landcredit-Bank	0.035	Glauziger Zuckerf.	—	Caesar u. Loretz	4,5
Zörbiger Bankverein	0,21	Hallesche Maschinenf.	18	Hall. Röhrenw., j. Akt.	—
Iduna Feuerversich.	5	Hallesche Röhrenw.	1,9	Hanf-Import	1,5
Bergw.-Akt. u. Kuxe.		Heckert-Glas	0,70	Kaliw. Krügershall	8
Halle. Pfännerschaft	21	Hildebrand Mühlenw.	4,—	Kyffhäuserh., j. Akt.	—
Prehl. Braunkohlen	70	Moritz Jahr	1.2	Lindner, junge Akt.	—
Riebeck Montanwerke	47	Gebr. Jentzsch	21.4	Mansfeld Bergbau	—
Werschen-Weißenfelser	94	Kaiserbad Schmiedeb.	6	Portland-Cementf.	—
Bruckdorf-Nietleben	—	Wilhelm Kathe	3	G. Vester, Spedition	—
Industrie-Aktien.		Körbisdorfer Zuckerf.	—	Zimmerm. Co., j. Akt.	—
Ammend. Papierf.	5.25	Kyffhäuserhütte	2,3	Hildebr. Mw., j. Akt.	—
Cröllw. Papierf.	9	Gottfried Lindner	8	Cröllw. Papf., j. Akt.	—
Cönnerner Malzf.	50	Schraplauer Kalkw.	2,3		
		Wegelin u. Hübner	6,75		
		Zeitzer Maschinenf.	—		
		Zuckerraffinerie Halle	22		

(Alles in Billionen Prozent.)

*

Einschreiten gegen Wucher von Devisenaufgeld.

In Hamburg wurde an der Börse sehr viel und lebhaft die Beschlagnahme der Sortenkasse bei einer Hamburger Bankfirma infolge Devisenhandels mit Aufgeld besprochen. Dieses Aufgeld wurde zum Teil als Agio, zum Teil als Zinsen bezeichnet und damit begründet, daß beim Kauf von Devisen von der Reichsbank der Zinsverlust durch die einprozentige Zuteilung noch größer sei. Das Aufgeld hat in den letzten Tagen Schwankungen unterlegen und ist am Sonnabend auf 15 Prozent gestiegen. Die Kriminalpolizei ist jetzt gegen dieses Treiben vorgegangen.

Die Ausbaupläne des Werrakraftwerkes.

Die Werrakraftwerke haben nach Verhandlungen mit dem Thüringer Staate die Verpflichtung übernommen, die Wasserkräfte des Werratales, insbesondere bei Spichra, Frankenrode und Buchenau zur Erzeugung von elektrischer Kraft auszubauen und die gewonnene Kraft zu verwerten. Mit der Errichtung des Großkraftwerkes bei Spichra ist bereits begonnen worden. Das weitere Kraftwerk bei Frankenrode wird demnächst ebenfalls in Angriff genommen. An den Werrawerken sind u. a. auch der Staat Thüringen, die Stadtgemeinde Eisenach und der Landkreis Eisenach finanziell beteiligt.

Neugestaltung der Handelskammern.

Im preußischen Landtag ist eine Notverordnung des Handelsministeriums angenommen worden, welche die Handelskammern auf eine neue Grundlage stellen will. Der Name ist in **Industrie- und Handelskammern** umgewandelt, um den Einfluß der Industrie in der Kammer nach außen hervorzuheben. Ferner sollen einige kleine Kammern ganz beseitigt werden, andere sollen sich unter mitbestimmendem Einfluß des Handelsministeriums zu Zweckverbänden zusammenschließen, um gemeinsame Interessen gemeinsam zu vertreten. Die Zweckverbände werden Körperschaften des öffentlichen Rechtes sein. Es wird also in Zukunft an Stelle der bisher 75 **etwa 20 bis 30 große Industrie- und Handelskammern** und daneben etwa 10 bis 15 Zweckverbände geben, innerhalb deren die einzelne Kammer zwar ihre örtlichen Belange selbständig wahrnimmt, die größeren Wirtschaftsfragen aber im Zentralverband löst. Auch den Frauen ist das aktive und passive Wahlrecht zur Industrie- und Handelskammer gewährt und das Klassenwahlrecht durch das allgemeine Wahlrecht ersetzt.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 85.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Anzeigen. Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Preuß. Südd. Lotterie.
Die Erneuerung der Lose zur 3. Klasse hat bis
Freitag, den 25. April,
zu geschehen.
Kauflose zur 3. Klasse (Achtel, Viertel, Halbe, Ganze) hält noch vorrätig
Staatliche Lotterie-Einnahme,
Hallesche Straße 25.

Bekanntmachung.
Die Herren Arbeitgeber von Dürrenberg, Lützen und Umgegend werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß von jetzt ab jeden Freitag, nachmittags von 2 bis 5 Uhr in Keuschberg, Leipziger Straße (Konsumverein, Hofeingang) u. jeden Sonnabend, vormittags von 9—12 Uhr in Lützen, Bismarckstraße 16, gelegentlich der Krankengeldauszahlung auch zugesandte Beitragsrechnungen bezahlt werden können. Daselbst werden zur festgesetzten Zeit auch Meldeformulare abgegeben und Auskünfte erteilt.

Wohnungstausch!!
Große 3-Zimm.-Wohng. mit Küche, Keller, abgeschlossenem Korridor, elektrischem Licht, parterre, den ganz. Tag Sonne, gesunde Lage, hier in Merseburg gegen größere oder mindestens ebensolche hier in Merseburg zu tausch. ges. Tauschangebote unter 290 an die Expedition dss. Bl.

Wohnungstausch!!!
Schöne Wohnung, Küche, Zimmer, 2 Stuben, Keller, elektr. Licht, hell in schöner Lage, gegen ebensolche in Merseburg zu tausch. ges. Ang. unt. 289 a. d. Exp. d. Bl.

1 4-zöller Rüstwagen, 1 Doppel-Rübenheber,
(Zimmermann) preiswert zu verkaufen. Auskunft erteilt Bäckermeister Wenzel, Venndorf.

5 Ztr. Stroh u. Gartenerde
billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped.

Ein guterhaltenes **Bandonion** 104tönig mit Koffer preiswert zu verkaufen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Sportwagen
(gut erhalten) zu verkaufen Unter-Altenburg 32.

Gut erh. **Sportwagen** zu verk. Weiße Mauer 7, Hof

Jedem ein ergötzliches und billiges Vergnügen in diesen schlechten Zeiten bereiten die Reiseerzählungen des weltbekannten phantasievollen Volkserzählers, des vielbesprochenen oder — sagen wir es offen — wegen seines literarischen Erfolges viel beneideten Karl May. Seine Werke werden in einem besonderen Prospekt, welcher der heutig. Nr. dieses Blattes beiliegt, auf Wunsch auch zu bequemen Teilzahlungen von der bekannten Pestalozzibuchhandlung Linke & Co., Halle a. S., angeboten, sodaß es jedermann möglich ist, sich diese reizenden Bände ohne Schwierigkeit anzuschaffen.

Todesanzeige!
Nach längerem schweren Leiden entschlief heute morgen unsere treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmuttter, Schwester und Tante,
die Witwe
Anna Sommer
geb. Krebs
im Alter von 62 Jahren.
In tiefster Trauer:
Die Hinterbliebenen.
Meuschau, Frankleben, Dassow, den 9. April 1924.
Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 4 Uhr vom Trauerhaus aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege unseren
innigsten Dank!
Leuna, den 8. April 1924.
Wilhelmine Fiedler nebst Kindern.

Schlechte Zeit!
daher kitte durchgebrannte Kochtöpfe, zerbrochene Glas- und Porzellangegenstände wasser- und feuerfest mit dem Emaillekitt „Lieber Heinrich".
Zu haben in allen Drogerien. — Hauptniederlage bei Paul Ehlert Nachf., Haus- und Küchengeräte.

Donnerstag **Schlachte-Fest! Otto Kliebe.**

Speise-kartoffeln
Speise- u. Futtermöhren
verkauft billig
Hartung, Wagnerstr. 8.

Streue Gift!
auf meinen Acker in Zützschdorf a. Teiche.
Götze, Wernsdorf.

Radikalmittel gegen Ratten!
Apotheke Lauchstädt.

Strickgarne
für Wiederverkäufer äußerst preiswert
Pohl,
Sophienstraße 36 **Leipzig** Telef. 11516

Homöopathie Biochemie Willy Fuchs
Heilmagnetiseur.
Sprechstunden täglich, vormittags 9—11 nachmittags von 3—5. Sonntags von 9—11.
Reinefarthstraße 19, Tel. 242 — Tel. 242

Sehr billig verkaufe ich in diesen Tagen
Turnschuhe
Kinderpantoffeln
Sandalen
P. Harnisch, Oelgrube 1.

Merseburger Musikverein!
Mittwoch, den 16. April d. J., 7½ Uhr im „Casino"
Lieder-Abend!
v. Frau Elisabeth Schumann
Am Klavier: Karl Alwin.
Sonderbeitrag für Mitglieder (bei Vorzeigung der Haupt- und Nebenkarten 2,25 ℳ, für Nichtmitglieder 3,- ℳ in der Stollberg'schen Buchhandlung vom Dienstag, den 8. April, ab. — Plätze nummeriert, ohne Verlosung.

Oeffentl. Versammlung
Donnerstag, den 10. April, abends 8 Uhr spricht im „Casino"-Saal zu Merseburg Herr Kreisgeschäftsführer Voigtländer über:
Die politische Lage und die Volksgemeinschaft der Stände!
Freie Aussprache! Freie Aussprache!
Es ladet ein:
Deutschnationale Volkspartei
(Kreisverein Merseburg).

Schweizer Käse
Eine Partie pikante fette Emmentaler mit Schönheitsfehlern heute und morgen soweit Vorrat
Pfund 130 Pfg.
Butter billiger!!
F. H. Krause Gotthardtstr. und Burgstr.

Von Mittwoch, den 9. April 1924 an verkaufe ich in Spergau, in den Stallungen Dürrenberger Straße Nr. 11
5 tragende Färsen
3 Kühe mit Kälbern
2 Zuchtbullen
sehr preiswert.
Fr. Bauermann, Keuschberg

Reinrassige, weiße rosenkämmige
Italiener,
Bruteier Stück 40 Pf.
(Vorbestellung erwünscht).
Wilhelm Körner, Niederclobikau, Kreis Merseburg.

Betriebskapitalien
Teilhaber, Hypotheken und Baugelder beschafft
A. Pieper, Naumburg, S., Jägerstr. 31. Ausk. kostenl.

Junger Glasergehilfe sucht Stellung
auch andere Arbeit, m. Schlafstelle. Ang. 292 an die Exp.

Wäsche z. ausbessern
außer dem Hause und
Strümpfe z. stricken
werden angenommen Leuna-Siedlung, Schlosserstr. 18.

Leuna, Alt-Rössen, Marktplatz-Schuhhalle wird ein
Schuhmach.-Geselle
gesucht f. dauern. Beschäftig.

Kräftiger
Arbeitsbursche
für Hofarbeiten und Wegegehen sofort gesucht.
Schlienz & Becker.

Per 15. 4. älteres, fleißiges
Dienst-Mädchen
gesucht. Gasthof „Stadt Leipzig", Lauchstädt.

Zuverlässig. Hausmädchen
für sof. od. bis 1.5.24 gesucht.
Ing. Emmerich, Siedlung Spergau.

Tücht. Kaufmann
f. Buchhaltg. u. Korrespondenz absolut bilanzsicher und im Steuerwesen vertraut, v. Großhandlg. der Lebens- u. Futtermittelbranche z. sofortigen Antritt **gesucht!** Es wollen sich nur Herren melden, die im stande sind, die Chefs während ihrer Abwesenheit zu vertreten und die eine gleiche Stellung bei ersten Großfirmen bereits inne gehabt haben.
Ausführl. Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsforderung, Lichtbild unter 291 an die Exp. d. Bl.

2 Schweine zum schlachten verkauft Zöschen 86.

12 Stück kl. Gänse verkauft Meuschau 30.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerz- und gefahrlos **Kukirol**
Aerztlich empfohlen. Millionenfach bewährt. — In Apotheken und Drogerien erhältlich. — Gegen Fußschweiß, Brennen und Wundlaufen Kukirol-Fußbad.
Adler-Drogerie, Entenplan.
Ritter-Drogerie, Kleine Ritterstraße 9.

Suche für geschäftliche Zwecke in verkehrsreicher Gegend
2 leere Räume
in Parterre gelegen gegen gute Entschädigung. Angebote unter 287 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Erstklassiger
Rock- u. Hosenschneider
sofort gesucht.
H. Totland, Hälterstraße 27.

Suche Stalldünger gegen Stroh zu tauschen!
Domstraße 9.

Gestern zwischen 4—6 Uhr ein
2 bärtiger Schlüssel
verloren gegang. Abzugeb. Kl. Sixtistraße 3, 1 Treppe.

Trauring
Weißenfelserstr.-Güterbahnhof verloren. Abzug. geg. Belohn. Oelgrube 15, Laden.

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis vierzehntägig 1,10 Mark, fällig bei Abholung frei Haus. Abholerkarte wöchentlich 53 Goldpfennig. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 15 Goldpfennig, bei 8 Seiten 20 Goldpfennig, Sonnabends 25 Goldpfennig.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstraße 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg
Amtsblatt der Stadt Merseburg
mit den wöchentlichen Beiblättern Das Leben im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd
und dem zwanglos erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennig; im Reklameteil 28 Goldpfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfennig Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Postscheckkonto: Leipzig 29 070.

Nr. 85 — Mittwoch den 9. April 1924 — 50. Jahrg.

Der Matin über die Sachverständigenberichte.

Kein Vollmoratorium. — Die Sachverständigen für Wahrung der Wirtschaftshoheit.

Die noch einmal verschobene Überreichung des Sachverständigenberichts soll nun endlich Tatsache werden. Wieder hat der „Matin" den Vorzug, dem französischen Publikum etwas aus dem Inhalt des Gutachtens, das 60 Seiten umfaßt, mitteilen zu können. Es ist selbstverständlich, daß diese Mitteilungen offiziös sind vom Standpunkt der französischen Regierung aus, die eine gewisse Bindung zur wenigstens teilweisen Anerkennung des Berichts eingegangen sein dürfte. So wird also alles, was Blätter vom Schlag des „Matin" über den Bericht bringen, dazu bestimmt sein, dem französischen Publikum die vermutliche teilweise Anerkennung des Berichts durch die Regierung mundgerecht zu machen. Man wird also die Vorteile für Frankreich möglichst unterstreichen, damit die Regierung eine Rückzugslinie von ihrer Erklärung, sie wolle gar keine anderen als die Ruhrpfänder, offen hat.

Dennoch kann in Einzelheiten und in Ziffern ein Bericht von der Bestimmtheit der Wiedergabe durch den „Matin" nicht falsch sein, da sonst schon am nächsten Tag oder doch noch in dieser Woche durch den vollen Wortlaut eine Enttäuschung einträte, die man in offiziösen Pariser Kreisen ja gerade verhindern will. Nicht der eigentliche Inhalt, sondern die Aufmachung wird also tendenziös sein.

Wir haben allen Anlaß, dem Gutachten ruhig entgegenzusehen und mit unserem Endurteil zu warten, bis die 60 Seiten wirklich vorliegen, von denen nun schon 2 Wochen lang alle Orakel sprechen. Außerdem sind uns gewisse Grundzüge des Berichts schon aus früheren Pressenotizen, auch des „Matin", so bekannt, daß wir diesmal vor dem endgültigen Urteil, das in etwa 2 Tagen möglich sein dürfte, die neuen präziseren Angaben hervorheben wollen, die der „Matin" vom Dienstag gemacht hat.

Zunächst steht es endgültig fest, daß die **Sachverständigen als Grundlage der künftigen Reparation und der deutschen Sanierung ausdrücklich die**

Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit des Reiches

verlangt haben. Der Bericht enthält zwar keine Stellungnahme zur Besetzung der Ruhr, erklärt aber die **Notwendigkeit der freien Verfügung Deutschlands über Eisenbahnen, Staatsbesitz und Zolleinnahmen im besetzten Gebiet,** wobei die Eisenbahnen des Ruhrgebiets und des Rheinlandes durch einen alliierten Vertreter überwacht werden sollen im Interesse der Sicherheit der Besatzungstruppen. Eine Stellungnahme zur Ruhrbesetzung konnte direkt nicht vorgenommen werden, weil die Sachverständigen nach den Vereinbarungen vom Herbst des Vorjahres nach dieser Richtung hin kein Urteil abgeben dürfen. Aber schließlich ist die Stellungnahme auf indirektem Wege eindeutig genug, und man wird sehen, wie Poincaré sich dazu verhält.

Nicht genau bekannt war der Aufbau des vierjährigen Moratoriums. Es scheint nun Tatsache zu sein, daß

von einem vollen Moratorium keine Rede

ist. **In den vier Jahren hat Deutschland sich steigernde Leistungen zu vollziehen, in erster Linie durch Sachlieferungen.**

Im **ersten Jahre** im Betrage von einer Goldmilliarde, wobei 800 Millionen durch eine internationale Anleihe und 200 Millionen durch eine deutsche Verkehrssteuer zu decken wären.

Im **zweiten** und **dritten** Jahr setzt der Bericht eine Leistung von je 1,2 Goldmilliarden,

für das **vierte Jahr** eine **von 1¾ Goldmilliarden an,**

Mit dem **fünften** Jahre beginnen die

regelmäßigen Zahlungen von 2½ Goldmilliarden,

die vom sechsten Jahre an durch Zusatzzahlungen nach einem Index gesteigert werden sollen. Wenn auch der Bericht des „Matin" in Einzelheiten dieser Frage undurchsichtig ist, so ist doch so viel klar, daß es sich **nur um einen teilweisen Zahlungsaufschub** handelt, und wie weit die tatsächliche Bestreitung der Sachlieferungen durch ausländisches Geld möglich sein wird, ist noch nicht ganz klar gestellt. Würde die internationale Anleihe die Sachlieferungen auf einige Jahre hinaus zum größten Teile decken, dann wäre das Moratorium praktisch doch fast völlig durchgeführt; nur würden uns später die Zinsen dieser Anleihe belasten und eine Erhöhung der tatsächlichen Zahlungen bedeuten.

Im übrigen enthält der Vorbericht des „Matin" eine nähere Ausführung der schon bekannten **finanziellen Organisation der Eisenbahnen- und Industriehypothek,**

die als Garantie für die Reparation in Betracht kommt. Ein ständiger Ausschuß von 5 Kommissaren soll die Organisation der deutschen Zahlungen in die Hand nehmen, und der „Matin" behauptet, daß insbesondere bei den Amerikanern das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands geradezu unbegrenzt sei. Das ist für uns angenehm hinsichtlich der Anleihemöglichkeit, kann aber bei der Festsetzung der Zahlungen sehr leicht zu einer Überschätzung **dessen führen, was wir ertragen können!**

Wir stehen, wie mehrmals betont wurde, dem Bericht der Sachverständigen ohne jede Verpflichtung gegenüber und können uns daher

ein ruhiges Endurteil vorbehalten.

Zumal da auch die deutsche Sanierung und die **große Goldbank** zu dem Bericht gehören und der „Matin" darüber nur zu sagen weiß, daß der Sitz der Währungsbank Berlin sein wird, das Gründungskapital 400 Millionen Goldmark, und daß **Rentenbank wie Golddiskontbank in dem Goldwährungsinstitut aufgehen sollen.** Der Bericht soll verlangen, daß, offenbar zur endgültigen internationalen Sicherung, die Deckung der neuen Goldnoten mindestens dreimal so groß zu sein habe wie der Umlaufsbetrag. Dann müßte allerdings Amerika, das den einzigen wirklich großen Goldüberschuß in der Welt besitzt, stark in diese Bank hineingehen.

Eine neue Mehrforderung der Micum.

Essen, 9. April. (T.U.) Bei den Verhandlungen im Reichskohlenrat über die Selbstkostenberechnung ist nach einer Mitteilung von seiten der Bergarbeiterorganisationen eine neue Berechnung vorgelegt worden, welche auf einer Arbeitsleistung von 880 Kg. pro Schicht basiert, während die erste bereits veröffentlichte Berechnung der Sechserkommission des Zechenverbandes eine arbeitstägliche Durchschnittsleistung von 850 Kg. zugrunde legte. Die Arbeitsleistung hat demnach bis auf 4 Kg. die Friedensleistung erreicht. **Besonders wichtig war die Mitteilung der Unternehmer, daß seitens der Micum jetzt statt 15 Millionen Dollar 17,01 Millionen rückständige Kohlensteuern gefordert werden.** Einem Antrag auf Erlaß dieser Mehrforderung ist bisher seitens der Micum nicht stattgegeben worden. Durch diese Mehrforderung erwächst dem Kohlenbergbau eine weitere Belastung von 35 Pfennig pro Tonne.

Ergebnislose Verhandlungen.

Düsseldorf, 8. April. (T.U.) In den heutigen Verhandlungen der Sechserkommission mit der Micum, die von 3 bis 6½ Uhr dauerten, erklärte die Sechserkommission, die durch das Abkommen mit der Micum übernommenen Verpflichtungen seien weiterhin nicht mehr tragbar. Der Ruhrbergbau verkenne aber nicht die große Bedeutung der Frage, **daß die Arbeit im Ruhrgebiet nach dem 15. April möglichst reibungslos weitergeführt werde.** Die Sechserkommission erklärte sich deshalb für die Zechen bereit, die Sachleistungen auch über den 15. April hinaus fortzusetzen, wenn die finanziellen Möglichkeiten hierfür geschaffen werden. Die Franzosen betonten demgegenüber, daß die auferlegten Lasten für den Ruhrbergbau tragbar seien. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Am Freitag soll erneut verhandelt werden. Die deutschen Vertreter sind sofort nach Berlin abgereist, um mit der Regierung Rücksprache zu nehmen.

Der amtliche französische Bericht.

Düsseldorf, den 9. April. (T.U.) Das amtliche französische Kommuniqué über die gestrigen Micumverhandlungen lautet wie folgt: Die Verhandlungen über die Verlängerung der Mizumverträge haben heute in Düsseldorf begonnen. Die Industriellen haben erklärt, daß sie ganz besonderen Wert darauf legten, ihre Betriebe am 15. April nicht stillzulegen und daß sie die Verlängerung vor diesem Datum wünschten. Nachdem sie aber auf die Schwierigkeit, Kredit zu erhalten, hingewiesen hatten, stellten sie die Frage, ob die belgische und französische Regierung nicht einige Erleichterungen der durch die jetzigen Verträge verursachten Lasten in Betracht ziehen könnten. Die alliierten Behörden erwiderten, daß sie diese Lasten für absolut tragbar erachten. Die nächste Konferenz wurde auf den 11. April festgesetzt.

Sachverständigenberichte und Micumverträge.

Immer wieder waren Verzögerungen eingetreten, die den Termin der Übergabe der Sachverständigenberichte an die Reparationskommission und die Veröffentlichung der Expertengutachten hinausschoben. Nunmehr steht mit Sicherheit fest, daß die Übergabe Mitte der Woche erfolgt und dann wird die Welt erfahren, wie sich die Sachverständigen die geschäftliche Lösung der Reparationsfrage denken, der Frage, die seit 5½ Jahren die Welt nicht zur Ruhe kommen läßt. Es ist anzunehmen, daß die Sachverständigen von vornherein versucht haben, ihre Arbeiten den politischen Verhältnissen so weit wie möglich anzupassen; hätten sie dies nicht getan, so wäre ihre Arbeit eine rein akademische Untersuchung, die voraussichtlich zwischen den sich einander bekämpfenden und widerstrebenden politischen Kräften zerrieben werden würde. Aber trotzdem wird noch einiges Wasser bergab fließen, bis die **Reparationskommission** ihre Entscheidung auf Grund der Sachverständigenberichte getroffen hat; und man muß erst abwarten, wie sie die geistige Anleihe, die sie bei den Experten aufgenommen hat, verwerten wird. Die **Grundgedanken des Berichtes** sind bekannt. Im Vordergrund steht die Frage der **deutschen Währung,** und um sie herum rankt sich alles andere. Sicher ist ferner, daß die Sachverständigen eine **Änderung der Wirtschaftsorganisation der besetzten Gebiete** vorschlagen, und die Pariser nationalistische Presse scheint sich mit diesem Gedanken auf einen Wink vom Quai d'Orsay hin abgefunden zu haben; denn um so lauter spricht sie von einer Beibehaltung der militärischen Besatzung, die jeden Augenblick einen Druck ausüben kann, sobald Deutschland Lust verspürt, wieder der „böswillige Schuldner" zu werden, den wir in den Augen der Franzosen und Belgier imer dargestellt haben. Aber gerade das Sichabfinden mit der Umgestaltung der wirtschaftlichen Organisation der besetzten Gebiete treibt Frankreich dazu, noch einmal einen **letzten** Versuch zu machen, wenigstens noch für sich und seinen Gefolgsmann Belgien herauszuholen, was irgend herauszuquetschen ist.

Fast gleichzeitig mit der Übergabe der Sachverständigenberichte beginnen die Verhandlungen über die am 15. April ablaufenden **Micum-Verträge.** Frankreich wendet jeden nur möglichen Druck an, um die Verträge in seinem Sinn zu gestalten, um eine vollendete Tatsache zu schaffen, bevor die Diskussion über die Sachverständigenberichte einsetzt. Man kann ein solches Vorgehen wirklich nicht als Willen zu einer Verständigung auslegen, schon gar nicht, wenn Frankreich auch ein vorübergehendes, kurzfristiges Provisorium ablehnt, nachdem dann im Sinne der Sachverständigenberichte eine Regelung all der strittigen Fragen einzusetzen hätte. Daß der **Wille zur Verständigung auf deutscher Seite unbedingt vorhanden** ist, kann die Pariser Presse den Franzosen nun wirklich nicht mehr vorenthalten, nachdem der Reichskanzler Marx in Barmen, der Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Kiel und **selbst der Führer der Deutschnationalen auf dem Hamburger Parteitag** erklärt haben, daß wir bereit sind, schwere Opfer zu bringen, um eine erträgliche Endlösung des Reparationsproblems möglich zu machen, und um dem deutschen Volke durch derartige Opfer so viel Atemfreiheit zu geben, daß es wieder ein menschenwürdiges Dasein führen kann.

Der Lohnkonflikt bei den Eisenbahnern geschlichtet!

Der in den letzten Tagen zwischen den Eisenbahnarbeitern und dem Reichsverkehrsministerium ausgebrochene Konflikt ist durch einen entgegenkommenden Beschluß des Reichskabinetts nun glücklich beigelegt worden. Bekanntlich waren in mehreren **Betriebswerkstätten die Arbeiter in den Ausstand getreten,** weil man ihnen nicht eine der Beamtenzulage entsprechende Erhöhung ihrer Löhne gewähren wollte, im besonderen aber, weil man gerade die Bezüge der unteren Gruppen der Eisenbahnarbeiter nicht genügend aufbessern wollte. Zwischen den Organisationen der Eisenbahner und dem Reichsverkehrsminister Oeser hatten Verhandlungen stattgefunden, auf Grund deren der Reichsverkehrsminister zu der Überzeugung gelangt war, daß die Forderungen der Eisenbahnarbeiter zum größten Teil berechtigt waren; **Minister Oser versuchte deshalb, das Kabinett nach längeren Darlegungen zu bewegen, seinen Vorschlägen auf Erhöhung der Eisenbahnerlöhne zuzustimmen.** Im Kabinett fand sich eine Opposition gegen den Reichsverkehrsminister, die von dem Reichsfinanzminister Dr. Luther geführt wurde, der um seinen balanzierten Haushaltsetat fürchtete. Die Be- [illegible] Sonntag und Montag [illegible] ganisationen der Eisen- [illegible] ene, sich dem Vorgehen [illegible] rkstätten aus Sympathie [illegible] and sich also in einer [illegible] Seite sah er die Be- [illegible] ßten Teil ein, auf der [illegible] on innerhalb des Kabi- [illegible] g, nachdem er noch ein- [illegible] pitzenorganisationen der [illegible] einer sich anschließenden [illegible] blems war die von den [illegible]

[illegible] m 6 Ä.

[illegible] **digkeit der Bewilligung** [illegible] **ng zu.** Über den Man- [illegible] mt weiter, so daß die [illegible] Ende sein dürfte.

[illegible] mühsam ausbalanzierte [illegible] hält, so wird man ange- [illegible] tigkeit der Eisenbahner- [illegible] von der Regierung ein [illegible] ner Kraftprobe zwischen [illegible] en. In diesem Augen- [illegible] s furchtbarste, was der [illegible] Der Ausfall an Ein- [illegible] mmen der Stundenlohn- [illegible] haben volles Verständ- [illegible] n die Stabilität unserer [illegible] nbahnarbeiter unmöglich [illegible] sie bisher standen. Die [illegible] esamten Reichskabinetts [illegible] Ausgaben ausgleichen. [illegible] r werden.

Heute Uebergabe der Berichte.

Berlin, 9. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenkomitees haben der Reparationskommission heute um 10 Uhr die Berichte übergeben. Diese Berichte liegen in Berlin noch nicht in vollem Wortlaut vor, sondern es ist lediglich ein offizieller Auszug vorhanden, der im wesentlichen den Angaben des „Matin" entspricht.

*

Berlin, 9. April. T.U.) Der umfangreiche Bericht der Sachverständigen ist von Paris aus während der vergangenen Nacht nach Berlin übermittelt worden. Die einzelnen Stücke sind nach ihrem Eintreffen sofort übersetzt worden, so daß der abgeschlossene Bericht heute Vormittag vorliegen wird. Das Reichskabinett dürfte sich heute nachmittag in großen Zügen mit den Vorschlägen der Sachverständigen beschäftigen.

*

Berlin, 9. April. (T.U.) Von unterrichteter Seite wird die Aufmerksamkeit auf die Andeutungen am Schluß des „Matin"-Berichtes über die Gutachten der Sachverständigen gelenkt, die sich mit der Konvertierung der in Deutschland aufgebrachten Barbeträge in fremde Währungen befassen. Die Mitteilungen hierüber sind zwar unklar; sie lassen aber darauf schließen, daß die Sachverständigen erkannt haben, daß es sich bei dem Übertrag in andere Länder um die wichtigste Frage der ganzen Reparationsregelung handelt, und man wird diesem Kapitel nach Vorliegen des ganzen Berichtes besondere Aufmerksamkeit zu schenken haben.

Die leidige Micumfrage.

Berlin, 9. April. (T.U.) Wie die „B. Z." meldet, ist die 6er-Kommission der Ruhrindustriellen heute in Berlin eingetroffen. Sie wird heute eine Besprechung mit der Reichsregierung haben.

Die Goldbank.

Paris, 9. April. (T.U.) Nach dem „Echo de Paris" soll der Vorstand der deutschen Goldnotenbank aus 5 Alliierten, 7 Deutschen und 2 Neutralen, nämlich einem Schweizer und einem Holländer, bestehen.

*

Rinaldo!

München, 9. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der wegen seiner Beteiligung an dem Putsch vom 8. November steckbrieflich verfolgte und seither flüchtige Adjutant Hitlers, Hermann Esser, wurde in Landsberg am Lech verhaftet. Er kam mit drei Herren im Auto dort an, angeblich um Hitler zu besuchen. Näheres war noch nicht zu erfahren. Doch ist sicher anzunehmen, daß es sich um ein Unternehmen zur Befreiung Hitlers gehandelt hat.

Die Zusammensetzung der neuen italienischen Kammer.

Rom, 9. April. (T.U.) Nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Wahlen wird sich die neue Kammer etwa folgendermaßen zusammensetzen: Faszisten 355 Sitze, wozu noch 13 Abgeordnete der faszistischen Minderheitsliste kommen; Katholische Volkspartei 37 Sitze, Einheitssozialisten 35 Sitze, Maximalisten 24 Sitze, Kommunisten 18 Sitze, Republikaner 7 Sitze, Giolittianer, die nicht zur Opposition zählen, 3 Sitze. Außerdem ziehen in die Kammer ein 9 Sozialisten, 7 Demokraten (Amendolas), 2 Demokraten (Gruppe Corradini), 4 Liberale aus Neapel, 7 Deputtierte, die keiner Partei angehören, 2 Deputierte der Partei Sardo und 4 Deputierte aus den slowenischen und deutschen Grenzgebieten der Ober-Etsch und der Venetia Julia.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240409-12/fragment/page=0009